

EUROPA-MAGAZIN

Zeitschrift für direkte Demokratie, Selbstbestimmung und internationale Zusammenarbeit

Jg. 3 Nr. 7 **1/1995**

Sozialdarwinismus auf sozialdemokratisch?

Gret Hallers Biologismus in der Europafrage kritisch beleuchtet

Dossier "Schweiz-EU"

Zu Gast: Gret Haller, Botschafterin im Europarat, "Die nicht unheilige Allianz in der EWR-Gegnerschaft"

Kurzinfos

Gewerkschaften, Atomgefahr
Wirtschaft, Verschiedenes

Vereinsinternes

Inhaltsverzeichnis

Dossier Schweiz-EU

Zu Gast: Gret Haller: Die nicht unheilige Allianz in der EWR-Gegnerschaft,	1
Eurodrängeleien der SP	6
Interview mit Peter Bodenmann	7
Die wirtschaftlichen Folgen des EWR-Neins	9
Buchbesprechungen	11

Europa allgemein

Kurzinfos	21
-----------	----

Partie francophone

En Allemagne, l'interdiction du PCP reste permise	18
Informations brèves	19

Vereinsinternes	20
Veranstaltungskalender	21

Impressum

Herausgeber:

Forum für direkte Demokratie
EU-kritisch, ökologisch, sozial
Pf 1883, 8048 Zürich

Redaktion

Alex C. Bauert (axt) Paul Ruppen (pr)
01- 432 80 17 031 - 731 29 14
Korrekturen französischsprachiger Teil:
Jean-Marie Meilland

Redaktionsadresse:

Europa-Magazin Pf 1883, 8048 Zürich
fax 01-432 80 17

Druck: S + Z Print, 3902 Glis

Auflage 3200

Erscheinungsweise: 6 mal jährlich

Jahrgang 3, Nr. 7, 10. Januar 1995

Abonnement: Fr. 30.-, DM 40.-

Redaktionsschluss: 1. Februar 1995. Hauptthema der nächsten Nummer: Positive Szenarien: Eine aktive Schweiz in Europa und in der Welt; GATT und die Demokratie
Beiträge zu diesem oder anderen Themen sind erwünscht. Kürzungen behalten wir uns vor.

Editio

Der Match "Demokratie" versus "EU" ging im Jahre 1994 mit 1:3 zugunsten der EU aus. Trotzdem freuen wir uns an dem einen Goal und danken den selbstbewussten Norwegern. Sie liessen sich nicht durch schale Euro-Argumente von der demokratischen Selbstbestimmung abbringen - einer Selbstbestimmung, die im Rahmen der Menschenrechte erfolgt und die einen weitgehenden Minderheitenschutz den Samen gegenüber beachtet. Gewiss ist schade, dass die Schweden der EU beitreten. Wenigstens spielte in der dortigen Kampagne das Demokratieargument eine wichtige Rolle.

Die Bewahrung der direkten Demokratie wird nicht geschenkt. Das Europa-Magazin auch nicht. Bitte benützen Sie den Einzahlungsschein. Jahresabonnement: Fr. 30.-, Mitgliedschaft inklusive Abonnement Fr. 50.-. Wer bis Ende Februar nicht einzahlt, wird von der Adressliste gestrichen.

Viele EU-kritische Beitrittsbefürworter bei uns meinen, man müsse in die EU, um diese zu verändern. Gewöhnlich übersehen sie, dass es - bei den sehr durchlässigen Institutionen der direkten Demokratie - in der Schweiz nicht gelang, diese etwa zu einer etwas weltverträglicher-en Politik zu bringen. Wie soll es uns dann in der EU mit völlig undemokratischen Institutionen gelingen, entsprechend wirksam zu werden? Zudem vergessen diese EU-Kritiker, dass es im allgemeinen die Politiker der bürgerlichen Mehrheit wären, die uns in Brüssel vertreten würden. Eine Politik für mehr Demokratie, dezentrale Strukturen und Fortschreiten in ökosozialen Fragen wäre deshalb kaum zu erwarten.

Mit Schweden tritt der EU ein Staat bei, der eher eine Position vertritt, wie man sie in manchem von der Schweiz gewünscht hätte. Schweden wird zeigen, inwiefern ein Kleinstaat in der EU grössere Transparenz, mehr Demokratie, solidarischere internationale Beziehungen und mehr Umweltschutz bewirken kann. Oder wird sich erweisen, dass die diesbezüglichen Versprechen der sozialdemokratischen Regierung nichts als Trug waren?

Paul Ruppen

Zu Gast: Gret Haller

Über die durchaus nicht unheilige Allianz in der EWR-Gegnerschaft

Eine persönliche Vorbemerkung: Das Nein der Schweiz zum EWR hat mein politisches Selbstverständnis in einer Art ins Wanken gebracht, wie nie etwas zuvor. Auch meine Abwahl aus der Berner Stadtregierung vor sechs Jahren war für mich nicht ein so nachhaltiger politischer Einschnitt wie der 6. Dezember 1992. Anfänglich wusste ich nur, dass nachher nichts mehr so war wie vorher, ich wusste aber nicht inwiefern. Mit der Zeit merkte ich, dass ich nicht mehr in der Lage war, mit Leuten politisch zusammenzuarbeiten, die aus dem links-feministischen Lager gegen den EWR angetreten waren, und dies durchaus auch in Themen, die mit Aussenpolitik nichts zu tun hatten. Zwischen mir und diesen Leuten war etwas zerbrochen. Da ich mich immer diesem Lager zugerechnet hatte, und da die Basis meiner politischen Überzeugung nach wie vor eine feministische Grundhaltung ist, war diese Erkenntnis, die da über mich hereinbrach, natürlich eine schmerzliche, und ich habe sie deshalb nur nach und nach zulassen können, so dass mir im nachhinein verständlich wird, warum ich so lange brauchte, um den Gründen für diesen Bruch auf die Spur zu kommen. Mit einem Referat anlässlich der diesjährigen Delegiertenversammlung des Verkehrs-Clubs Schweiz (VCS) ist es mir anderthalb Jahre später nun endlich gelungen, Ansätze einer Erklärung für das zu formulieren, was mir passiert ist

Verbindungslinien zwischen ökologischer und europäischer Politik

Seit dem 20. Februar 1994 versuche ich immer wieder, Politikerinnen und Politikern im Ausland zu erklären, dass das schweizerische *Ja zur Alpeninitiative* ein Bekenntnis zur Ökologie gewesen ist, nicht ein antieuropäisches Votum. Manchmal versteige ich mich in meinem Eifer auch zur Formulierung, die Abstimmung sei geradezu ein Bekenntnis zu einem ökologischen Europa gewesen. Wenn ich dann vorsichtig gefragt werde, was denn eigentlich am 6. Dezember 1992 bei uns passiert sei, dann wird mein Eifer jeweils wieder ein wenig gebremst. Zwar komme ich durch solche Fragen nicht in einen Argumentationsnotstand, aber es wird dann jeweils etwas komplizierter, und ich muss differenzierter argumentieren.

Ich möchte auf die *Stichworte Schweiz, Europa und Ökologie* nun etwas näher eingehen. Damit meine ich nicht die Fragestellung, ob ökologischer Zielsetzung besser auf schweizerischer oder besser auf europäischer

Gret Haller, Juristin, war bis Ende November SP-Nationalrätin und Präsidentin der Grossen Kammer. Sie wird in Zukunft als Botschafterin der Schweiz im Europarat tätig sein. Sie selbst bezeichnet dies in einem Brief ans Forum als "nicht mehr in der Politik tätig sein".

Der vorliegende Text ist vordem in der September 94-Nummer von "Neue Wege" erschienen.

Rubrik "Zu Gast":

Manche sprechen vom Dialog in der Europafrage, wir führen ihn. Unter der Rubrik "zu Gast" laden wir BefürworterInnen des EU- Beitritts der Schweiz ein, die von ihrer sonstigen politischen Einstellung her mit den Zielen des Forum viele Gemeinsamkeiten haben. Damit tatsächlich ein Dialog stattfindet, nehmen wir von der Redaktion in der jeweiligen Nummer Stellung zu den Meinungen der Gäste. Wir denken allerdings, dass Gäste das Recht aufs letzte Wort haben sollten und gewähren diesen deshalb die Möglichkeit, sich in der folgenden Nummer zu unseren Fragen, Zweifeln und Einwänden nochmals zu äussern.

Ebene verwirklicht werden können. Darauf gibt man heute pragmatische Antworten: Wir wissen alle, dass eine ökologische Insel in der Mitte Europas wenig nützt. Und andererseits hat die Alpeninitiative gezeigt, dass Europa möglicherweise auch durch nationale Entschiede beeinflusst werden kann.

Mir geht es hier aber um etwas anderes, etwas Grundsätzlicheres. Ich möchte die Frage stellen, ob es Zusammenhänge gibt oder Verbindungslinien zwischen einer ökologisch orientierten Politik und der Politik der europäischen Integration. Und um dem näher auf den Grund zu kommen, mache ich jetzt einen ziemlich grossen Sprung, der vielleicht zunächst als etwas unzusammenhängend erscheinen mag.

Erfolg basiert auf gegenseitiger Bezogenheit

In der Naturwissenschaft, genauer in der Biologie, werden seit etwa einem Jahrzehnt Dinge gedacht, die den *Darwinismus in Frage stellen*. Darwin führte die Entwicklung aller Lebewesen auf einen Konkurrenzkampf zurück, in dem sich immer jene Erscheinungsformen weiterentwickeln, die sich im Kampf gegen andere als die stärkeren erweisen, während die schwächeren in der Entwicklungsgeschichte auf der Strecke bleiben, sich gar nicht entwickeln oder aussterben. Im Feinbereich, bei den einzelnen Zellen, wird nun genau das Gegenteil entdeckt: Es vermögen sich im Entwicklungsprozess offenbar jene Zellformationen durchsetzen, innerhalb deren sich die einzelnen Zellen möglichst frühzeitig miteinander in Verbindung setzen, sich ergänzen, gut zusammenarbeiten und gegenseitig auf sich Rücksicht nehmen. Diese Organismen erweisen sich als lebensfähiger, und zwar nicht einmal unbedingt im Kampf gegen andere.

Ich mache einen weiteren Sprung zu etwas ganz anderem: Wenn private Firmen, die auch *Forschung* betreiben, möglichst rasch zu Resultaten kommen wollten, hatten sie früher die Tendenz, einzelne Forschungskräfte in ein gegenseitiges Wettbewerbsverhältnis zu bringen und dem Gewinner - oder vielleicht selten der Gewinnerin - Privilegien im beruflichen Fortkommen zu sichern. Heute scheint man noch *effizientere Methoden* gefunden zu haben, nämlich die Forschungskräfte gruppenweise einzusetzen, und zwar eben gerade nicht in Konkurrenzsituation mit anderen. Der freie Gedankenaustausch untereinander führt die Beteiligten offenbar ebenso rasch zu Resultaten. Und es kommt erst noch billiger, weil man keine Konkurrenzequipe bezahlen muss.

Ähnliches wäre möglicherweise in Managementtheorien festzustellen. Stichworte wie *"partizipativer Führungsstil"* haben sich sehr rasch verbreitet. Auch im Bereich der vielfältigen Therapiemethoden ist ein analoger Wandel zu bemerken. Immer häufiger tritt an Stelle einer Einzeltherapie der Einbezug des ganzen Umfeldes der betreffenden Person: *Gruppen- oder Familientherapien*, oder wie sie alle heißen. Immer steht dahinter die Vorstellung beziehungsweise die Tatsache, dass jeder Mensch in ständiger Bezogenheit auf die Menschen rund um ihn herum lebt.

Das für mich frappierendste Beispiel stammt von jenen Militärpsychologen, die im KSZE-Prozess den Begriff der *gemeinsamen Sicherheit* erfunden und damit das Ende des Kalten Krieges eingeläutet haben. Zuvor hatte jeder der beiden Blöcke nur seine eigene Sicherheit im Auge gehabt. Dies führt logischerweise zu einer Rüstungseskalation, denn wenn eine Seite so viel Rüstungspotential bereitgestellt hatte, dass sie sich sicher fühlte, wirkte das logischerweise als sehr bedrohlich für die andere Seite, so dass diese massiv aufrüsten musste, um sich sicher zu fühlen, was die erstgenannte Seite wiederum massiv bedrohte. Das

Geniale an der Erfindung des Begriffs der gemeinsamen Sicherheit liegt darin, dass nur jene Konstellation effektiv Sicherheit bringen kann, die in beiden Seiten Sicherheitsgefühle auslöst. Beide Seiten sollen sich nicht nur überlegen, was eine Massnahme für sie selber bedeutet, sondern auch, was sie im Gegenüber für Gefühle auslöst. Also hier wiederum dasselbe: Nur jene Vorgehensweise bringt Erfolg, die auf der gegenseitigen Bezogenheit basiert. [...]

Ökologie heisst auch In-Beziehung-treten-Wollen

Wer Beziehung eingeht - zu anderen Menschen, zur Natur, vielleicht auch zu irgendwelchen göttlichen Kräften -, geht über die Grenzen der eigenen Persönlichkeit hinaus, findet eie Erfüllung darin, diese *Grenzen zu überschreiten* und sich dem Anderen, dem Gegenüber zuzuwenden. Wer sich so verhält, ist neugierig gegenüber dem, was sich ausserhalb von ihm abspielt, ein solcher Mensch ist liebesfähig, er ist aber auch bereit, Enttäuschungen zu erleben.

Genau dasselbe spielt sich auf der Ebene des *Nationalstaates* ab: Wer sich für Politik interessiert, wer auf nationaler Ebene an Abstimmungen teilnimmt, identifiziert sich in irgendeiner Weise mit dem Staat "Schweiz". Wer aus dieser Position heraus Beziehungen eingehen möchte über die Schweizer Grenzen hinaus, geht gleichsam mit der eigenen politischen Persönlichkeit über die schweizerischen Grenzen hinaus. Und da kann ich den Satz von vorhin in etwas abgeänderter Form wiederholen: Wer sich so verhält, ist neugierig gegenüber dem, was sich ausserhalb der Schweiz abspielt, ein solcher Mensch ist politisch beziehungsfähig, er ist aber auch bereit, Enttäuschungen zu erleben.

Das Gemeinsame in der Ablehnung des EWR

Nachdem ich diese fast philosophisch anmutende Aussage gemacht habe, werde ich nun sehr konkret, und zwar was das Nein zum EWR am 6. Dezember 1992 anbelangt, das von einem Teil der ökologischen Bewegung mitgetragen wurde. Sie werden mir nun sagen, ich solle aufhören in der Vergangenheit zu wühlen, es gehe um die Zukunft. Und genau das tue ich nicht, weil es mir aufgrund meines politischen Weges, den ich bisher gegangen bin, genau zu unterscheiden weiss zwischen reiner Vergangenheitsverarbeitung und den Lehren, die man (und frau) aus Erlebtem ziehen kann, um die Gegenwart zu begreifen. Die *nächste Abstimmung über Europa* kommt nämlich bestimmt - in welcher Form auch immer -, und dann stellt sich die genau gleiche Frage wieder.

Viele haben bei der EWR-Abstimmung von einer "unheiligen Allianz" gesprochen. Dies bedeutet, dass die Gegnerschaft von rechts und links oder grün aus ganz unterschiedlichen Motiven zu einem "Nein" gekommen sei. Aber eine solche Interpretation ist schlicht und ein

fach falsch. Der Unterschied lag zwar darin, dass die rechtsstehenden Gegnerinnen und Gegner nationalistische Motive in den Vordergrund stellten, während linke oder grüne Gegnerinnen oder Gegner Europa als unökologisch, unsozial oder undemokratisch abstempelten oder es als "Männerprojekt" abqualifizierten. Das Gemeinsame in der ablehnenden Argumentation - und das ist politisch viel bedeutsamer - lag jedoch darin, dass man es ablehnte, mit etwas Bösem in Beziehung zu treten. Und angesichts dessen spielt es dann gar keine Rolle mehr, warum das Gegenüber böse ist.

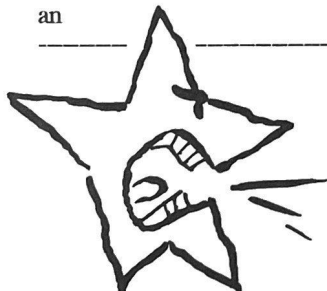
Die Ablehnung der europäischen Idee aller Integrationsgegner basiert ohne Unterschied auf *ein und demselben Gedanken*: Man ist sich zu gut dafür mitzumachen, man ist besser als die andern. Und: Man macht das andere zum Objekt, dem man die Beziehung verweigert.

Nachbemerkung: Da der Anlass, der mich gezwungen oder mir die Chance gegeben hat, das Geschehene endlich wenigstens ansatzweise formulieren zu können, ein Referat im Rahmen einer ökologisch tätigen Organisation war, habe ich den Beziehungsgedanken vor allem in seiner ökologischen Dimension angesprochen. Noch wichtiger ist für mich die feministische Dimension, denn ökologisch verantwortbares Verhalten ist für mich notwendigerweise eine Folge feministischen Gedankengutes und nicht etwa umgekehrt. Feminismus definiert sich für mich vereinfacht gesagt durch ein möglichst gewaltfreies Verhältnis zwischen den Menschen einerseits und der Menschen gegenüber der Natur andererseits. So müsste ich denn eigentlich den Text nochmals schreiben, mit Betonung der feministischen Dimension, wobei die Begründung allerdings genau dieselbe bleiben würde: Ein Nicht-in-Beziehung-treten-Wollen zu etwas an

Man lehnt es ab, mit dem anderen in Beziehung zu treten, um es zu verändern, man schreibt das andere definitiv ab. Eine solche Haltung ist nie lebensorientiert.

Wenn die Menschheit überhaupt ein nächstes Zeitalter erleben wird - und ob das der Fall ist, weiss ich mit dem besten Willen nicht -, so wird es das *Zeitalter der Beziehung* sein. Gemeint ist ein Bezogensein aufeinander, ein Bezogensein zwischen den Menschen, ein Bezogensein zwischen Mensch und Natur und vielleicht ein Bezogensein zwischen dem Menschen und dem Göttlichen, wobei - da mache ich eine Einschränkung - jede Person für sich selber entscheiden sollte, ob diese letztgenannte Dimension für sie auch noch dazugehört oder nicht. Jedenfalls ist der Ansatz der Begegnung, des Aufeinanderzugehens das einzig Lebendige und Weiterführende.

derem, sogar zu etwas, das einem als böse erscheint, ist mit meiner feministischen Grundhaltung nicht vereinbar. Natürlich gibt es Grenzen: Würde ich in einem faschistischen Umfeld leben, so sähe ich keine Möglichkeit, dieses Umfeld durch Aufnahme von Beziehungen zu verbessern, da der Faschismus eine lebensorientierte Beziehung zwischen Menschen ideologisch ablehnt. Offensichtlich hat es für mich das Erleben des 6. Dezember 1992 gebraucht, damit ich realisieren konnte, wie zentral in meiner politischen Grundüberzeugung der Begegnungsansatz ist. Dies wird sicher auch so bleiben. Aber jetzt, da ich diesen Zugang gefunden habe, wird mir auch der Bruch verständlich, der sich dann für mich ereignet hat. Es wird nicht mehr so werden, wie es für mich vorher war. Aber ich will ja auf jene Leute auch wieder zugehen können, mit denen der Bruch geschah. Sonst hätte ich das Obenstehende zu Unrecht formuliert.



Diskussion der Hallerschen Thesen

Sozialdarwinismus auf sozialdemokratisch?

Von Alex C. Bauert und Christian Thomas

Gret Haller's Argumentation baut auf der Möglichkeit auf, von konkreten biologischen, ökologischen, psychologischen und theologischen Erkenntnissen ein Ja zum EU-Beitritt ableiten zu können. Dies setzt voraus, dass die einzelnen Aussagen, die sie macht, richtig sind und dass die Verbindung zur EU-Frage zulässig ist. Im folgenden werden wir zuerst die einzelnen Punkte besprechen und zuletzt die Gesamtaussage von Gret Haller kritisch beleuchten.

Zuerst wenden wir uns der Biologie zu. In den letzten zehn Jahren ist *Darwin* in der Biologie nicht grundsätzlich in Frage gestellt worden. Während früher "the surviving of fittest" mit "die Stärksten überleben" wieder-

gegeben wurde, spricht man heute von "die Angepasstesten überleben". Im Laufe der Evolution sind die Individuen mancher Tierarten kleiner und schwächer geworden. So konnten sie neue Nischen besetzen, in denen sie sich weiterentwickeln konnten.

Gret Haller verwendet selber durchaus ein darwinistisches Denkmodell: "Es vermögen sich offenbar jene Zellformationen durchsetzen, innerhalb deren sich die einzelnen Zellen möglichst früh miteinander in Verbindung setzen, ..." Die Erfolgreicheren setzen sich gegenüber den anderen durch und zwar auf deren Kosten. Wenn sich Zellen zu Organismen vereinigen, kommunizieren sie untereinander - doch gilt dann auf der

Ebene der Organismen das Prinzip "the surviving of the fittest". Die Kommunikation zwischen den Zellen richtet sich gegen ein Aussen, von dem sich der Organismus abgrenzt.

Die zitierte Aussage Hallers ist aber nicht nur darwinistisch, sondern durchaus unzutreffend. Es gibt immer noch rund 60 000 Arten von Einzellern (A. Romane, Ein kurzes Lehrbuch der Zoologie). Dazu kommen noch alle Arten von Bakterien. Die Aussage, dass Zellen "im Alleingang" nicht bestehen können, ist demnach falsch. Ohne Bakterien als Destruenten im Stoffwechselkreislauf würde das Ökosystem zudem völlig zusammenbrechen.

Ökologie heisst auch In-Beziehung-treten-Wollen

Das Wort "Ökologie" kommt von "Oikos". "Oikos" ist altgriechisch und meint "Haushalt" im Sinne einer Lebensgemeinschaft, die aus einem (männlichen) Besitzer, seiner Frau, seinen Kinder und Sklaven, Ländereien und Tieren besteht. Der Begriff "Ökologie" ist damit ursprünglich keineswegs so gemeint, dass alle gleichberechtigt und rücksichtsvoll zusammenleben. Doch auch die Ökologie als Theorie weist nicht ein gleichberechtigtes und rücksichtsvolles Zusammenleben in der Natur nach. Die Evolution, der die Vielfalt der Natur zugrunde liegt, führte zum oftmals "brutalen" Aussterben von mehr Arten, als jemals gleichzeitig gelebt hatten..

Ökologie als Modell für gesellschaftliches Zusammenleben? Die Stellungnahme von Gret Haller für die EU-Integration wird auf diesem Hintergrund verständlicher: Der "freie" Personenverkehr bedeutet für 160 000 ArbeiterInnen aus Ex-Jugoslawien, dass sie ihren Arbeitsplatz und damit ihren Lebensraum in der Schweiz verlieren. Nur, wer Zellformationen, die sich gegen andere durchsetzen können, den Vorzug gibt, wie dies Gret Haller ausdrücklich tut, spricht sich auch für die

Grenzen und Kämpfe um Ressourcen dieser Zellformationen aus. Ganz im Sinne von Delors, dem sozialistischen Ex-Präsidenten der EU-Kommission, der dazu sagte: "Wir müssen bereit sein für die Ressourcenkriege des 21. Jahrhunderts."

Der deutsche-amerikanische Psychologe Paul Watzlawick weist in seinen Büchern immer wieder darauf hin, dass es *Nicht-Beziehung nicht gibt*. Wenn man jegliche Art von Beziehung als "ökologisch" betrachtet, gibt es nicht-ökologisches Verhalten gar nicht. Bilaterale Verhandlungen stellen auch eine Form der Kommunikation dar. Die Schweiz ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch über viele andere Verträge mit dem Ausland verbunden. Die EU-Integration - gleichsam eine Zellformation, die sich gegen den Rest der Welt und auf deren Kosten durchsetzen will - ist ebenfalls eine Beziehungsform. Die Frage ist somit nicht "Beziehung ja oder nein?", sondern "Welche Beziehungen wünschen wir uns?" Um jedoch zwischen verschiedenen Beziehungsformen wählen zu können, muss man sich über die Ziele, die mit den Beziehungen erreicht werden sollen, im Klaren sein.

In-Beziehung-treten-wollen allein ist kein Programm*

Wer politisch aktiv ist, hat im allgemeinen eine mehr oder weniger klare Vorstellung, welche Werte er vertritt und mit welchen Mitteln er sie verwirklichen will. Bei Gret Haller wird aber nicht deutlich, welche Ziele sie mit der EU-Integration oder mit dem "In-Beziehung-treten" verfolgt. Dadurch wird es unmöglich, eine relativ vernünftige Diskussion darüber zu führen, ob die Europäische Integration für die Erreichung dieser Ziele nützlich ist. Die "Europäische Integration" wird zum Selbstzweck, dem Werte wie "Demokratie", "Umwelt" und "soziale Gerechtigkeit" untergeordnet werden. Diese Bemerkungen führen uns zur folgenden Gegenüberstellung:

Gret Haller
Ziele: In-Beziehung-treten,
Europäische Integration

Mittel:  Europäische Integration



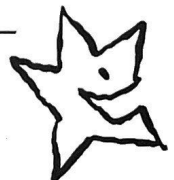
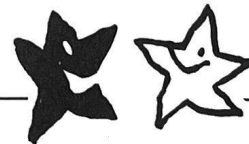
Forum

soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte,
nachhaltige Entwicklung,
direktdemokratische Selbstbestimmung

Reformen im Inland: Infoarbeit, direkte Demokratie stärken und für die sozialen und ökologischen Kräfte attraktiv machen.

Neue Formen internationaler Zusammenarbeit, die die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger achten.

* nach dem Buchtitel von Ingrid Strobel "Frausein allein ist kein Programm"



Zur "gemeinsamen Sicherheit"

Die Idee der gemeinsamen Sicherheit ist tatsächlich eine gute Sache. Sie setzt aber voraus, dass alle, die am Prozess einer Meinungsbildung teilnehmen, den anderen wirklich zuhören und auf die Argumente der anderen eingehen. Die gemeinsame Sicherheit funktioniert dann, wenn alle im Gefühl leben können, von den anderen ernst genommen zu werden. Doch gerade Leute wie Gret Haller zerstören das Gefühl der gemeinsamen Sicherheit innerhalb der Schweiz, weil sie den EU-Beitritt undifferenziert, d.h. unter allen Bedingungen, welche die EU formulieren könnte, propagieren. Wer sich noch einen wesentlichen Rest an direkter Demokratie ausbedingen möchte, wird sich von der Extremposition des Beitritts unter allen Bedingungen angegriffen fühlen. In der Haller'schen schwarz-weiss-Malerei ist kein Platz für differenzierte Positionen. Wir sind der Meinung, dass es sinnvoll ist, immer auch Argumente von anders Denkenden anzuhören und zu diskutieren. Darum finden sich im Europa-Magazin häufig auch Interviews mit Leuten, die anderer Meinung sind als die Redaktion.

Gret Haller erwähnt in ihrem langen Artikel kein einziges Argument, das gegenüber einem EU-Beitritt skeptische Gedanken aufkommen lassen. Gret Hallers Bruder, der VCS-Zentralpräsident Matthias Zimmermann, auch er ein EU-Beitritts-Befürworter, erwähnt in einem viel kürzeren Artikel (VCS-Zeitung 10/94) wenigstens "die negativen Auswirkungen dieses Wachstums und die abstrusen Auswirkungen", die er nicht hinnehmen will. Vielleicht wäre zuerst ein Familiengespräch notwendig, damit Gret Haller wenigstens zur Kenntnis nimmt, dass es gute Argumente für Vorsicht gegenüber der EU gibt und dass die von ihr gewünschte gemeinsame Sicherheit nur entstehen kann, wenn sich alle bewusst werden, dass es nicht nur zwei Blöcke (EU-Feinde und EU-Freunde) gibt, sondern dass wohl die Mehrheit der SchweizerInnen

zuerst einen ausgehandelten Vertrag sehen möchten, bevor sie zu einem Beitritt Ja oder Nein sagen werden.

Das Gute und das Böse

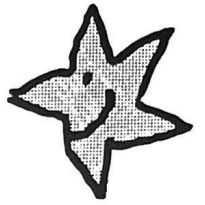
Es gibt wohl niemanden in der ganzen Deutschschweiz, der alle EU-Gegner und -Skeptiker so pauschal in den grossen Topf der Dummen und Bösen wirft wie gerade Gret Haller. Sie wirft allen Beitritts-Gegnern vor, dass sie in allem Fremden das Böse schlechthin sehen und dass sie nicht fähig seien, mit den politischen Gegnern in einen Dialog zu treten. So stellt sie alle EU-SkeptikerInnen als beziehungsunfähig, also als geistig behindert dar. Tatsache ist leider, dass es in der Schweiz wie überall auf der Welt einzelne Leute gibt, welche in allem Fremden das Böse sehen und die zum geistigen Autismus neigen. Andere, etwa die Leute vom "Forum", finden die "europäische Idee" zwar eine schöne Idee, sind aber der Meinung, dass die heute in der EU vorherrschende Vorstellung, wie diese zu realisieren sei, nicht in allen Punkten gut sei. Das Forum steht im Kontakt mit Organisationen in der EU, welche sich EU-intern gegen die zunehmende Zentralisierung wenden. Im Forum arbeiten weltoffene Leute zusammen, die verschiedene Fremdsprachen gelernt haben, um den internationalen Austausch pflegen zu können und auch um mit EU-Beamten ohne Schimpftiraden zu sprechen. Wer es ablehnt, mit dem sogenannten Bösen in einen echten Dialog zu treten, sind nicht nur die seltenen echten Autisten, sondern auch die Leute, die nicht müde werden, die EU-Gegnerschaft auf Blocher & Co zu reduzieren. Gret Haller liefert nun sogar eine Rechtfertigung für solches Eintopf-Denken nach und ist zuwenig selbstkritisch, um zu merken, dass sie damit genau in die Falle tritt, die sie so wortreich beschreibt. Esther Stoll schrieb in der VCS-Zeitung in einem Leserinnen-Brief auf den Artikel von Gret Haller: "«EWR- und EU-Skeptiker sind beziehungsunfähig, nicht weltoffen» ist eingrenzend und ein Vorurteil!"

Das Europa-Magazin setzt sich ein

- * für direkte Demokratie und dezentrale Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte
- * für fremdenfreundliche Einstellung
- * für rege internationale Zusammenarbeit, um weltweit 2/3-Gesellschaften, sowie Öko- und Sozialdumping zu verhindern
- * gegen die Schaffung einer europäischen Grossmacht
- * für eine weitsichtig Umweltpolitik
- * für eine breite und offene Diskussion europapolitischer Fragen



Abonnieren Sie das Europa-Magazin: Informieren Sie sich und unterstützen Sie unsere Arbeit!



Sozialpolitik nur noch als Werbeaktion für den EU-Beitritt?

Eurodrängeleien der SP

Die SPS hat am 14. Dezember eine parlamentarische Initiative eingereicht, mit der sie fordert, dass noch vor den Wahlen 95 eine Abstimmung in der Europafrage stattfinden soll. Mit flankierenden Massnahmen soll den Ängsten bezüglich Demokratieabbau, drohender Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung Rechnung getragen werden.

von Alex C. Bauert

SP-Aktivismus

In der Medienmitteilung der SPS vom 19.11.94 stand zu lesen: "Der Vorstand der SP Schweiz hat ... eine Resolution für eine Volksabstimmung über die Europafrage noch vor den Wahlen verabschiedet. Die heutige Vogel-Strausspolitik von CVP und FDP in der Europafrage droht die europapolitische Debatte bis mindestens im Januar 1996 vollständig zu blockieren. Das Schweizer Volk muss deshalb möglichst schnell die Gelegenheit erhalten, dem Bundesrat eine Legitimierung für die Erarbeitung einer EU-Beitrittsvorlage zu erteilen. Diese Vorlage muss zeigen, wie mit europakompatiblen, flankierenden Massnahmen, die den demokratischen, ökologischen und sozialen Bedenken der Bevölkerung Rechnung tragen, der EU-Beitritt möglichst wirksam vorbereitet werden kann."

Im SP-Pressedienst vom 9.12.94 wurden die SP-Pläne weiter präzisiert: Die Vorlage, die dem Volk unterbreitet werden soll, müsse folgende Aufträge an den Bundesrat enthalten: (1) Die Deblockierung des Aufnahmegesuchs in Brüssel und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, (2) die Erarbeitung von Reformvorschlägen, die als flankierende Massnahmen zum EU-Beitritt den sozialen, ökologischen und demokratischen Ängsten der Bevölkerung Rechnung tragen sollen. Dazu kommen Anpassungen in den Bereichen des Schweizer Rechts, die mit dem EU-Recht unvereinbar sind (z.B. Saisonier-Statut) und (3) die Erarbeitung von Reformvorschlägen im Bereich der demokratischen Rechte von Volk und Parlament, damit diese bei der zukünftigen Einbindung der Schweiz in eine supranationale Organisation wie der EU in ihrer Substanz verstärkt werden können. Eine solche Vorlage könnte auch als Gegenvorschlag zur Lega-Initiative gestaltet werden.

leute" aus, gegen die sie angehen will und auf drei Hauptursachen zurückführt: (1) Die Angst vor Arbeitslosigkeit heizt die Europa-Abneigung an, denn "dort sind ja noch viel mehr arbeitslos. (2) Über das Thema Drogenkriminalität wird Stimmung gegen Ausländer gemacht. Trotz der offiziellen Statistiken, die nachweisen, dass die Drogenkriminalität nicht zugenommen hat, werden sie als die Hauptschuldigen hingestellt. Trotzdem verbreitet sich die Ansicht, ausländische Drogenhändler seien an allem Schuld, alles Unglück komme aus dem Ausland. (3) Vielen Unternehmen in der Schweiz geht es gut. Gleichzeitig werden aber massiv Stellen abgebaut, die Produktivität ist stark gestiegen. Arbeitslosigkeit droht. "Die Flucht in einfache Erklärungen und Heile-Welt-Vorstellungen ist nachvollziehbar, aber einer europaffenen Haltung äusserst abträglich. Wenn es uns nicht gelingt, die Verunsicherung zu dämpfen, soziale Netze und Absicherungen aufzubauen, der grossen Mehrheit der Bevölkerung ein angstfreies Dasein zu ermöglichen, dann werden wir es mit der Integrationspolitik über lange Zeit schwer haben."

Und weiter unten: "Eine Zwei-Drittels-Gesellschaft ist für die Bewältigung der von uns liegenden anforderungsreichen, schwierigen und eben auch angstmachenden Zukunft hin zur europäischen Integration denkbar schlecht geeignet. Gefordert ist nicht vor allem die Aussen- sondern die Innenpolitik."

Ursula Mauch verzichtet auf eine weitergehende Begründung weshalb denn die SchweizerInnen für die Integration offen sein sollen. Sie äussert sich nicht dazu, welchen politischen Forderungen und Grundsätzen die Integration zur Realisierung verhelfen sollen. Sozialpolitik, die Verhinderung der Zwei-Drittels-Gesellschaft, ist bei Frau Mauch nicht mehr ein eigenständiges Ziel der Politik, sondern wird zum Mittel. Sie soll über ein "angstfreies Dasein für eine grosse Mehrheit" zur EU-Integration hinführen. Dabei wird offensichtlich eine "kleine Minderheit", die ein Dasein mit Existenzängsten fristet, in Kauf genommen.



L'art pour l'art,
l'intégration pour l'intégration?

Im SP-Pressedienst schreibt Ursula Mauch, SP-Fraktionschefin im Nationalrat, unter dem Titel "Wider die europapolitische Perspektivlosigkeit" gegen das Totschweigen der Europafrage im Wahljahr 95 an. Sie geht von der zunehmenden "Verunsicherung unserer Lands-





Taktische Trostpflaster

Wenn die SPS flankierende Massnahmen vorschlägt, heisst dies nichts anderes, -als dass die entsprechenden Befürchtungen auch von der SPS als berechtigt anerkannt werden. Fragt sich, ob viele hiezulande zu dem vorzuschlagenden Minimallohn arbeiten wollen. Dieser Minimallohn dürfte nämlich kaum hoch sein. In Zürich arbeiten VerkäuferInnen teilweise nach einem Gesamtarbeitsvertrag des VHTL, der ihnen nicht einmal das Existenzminimum sichert.

Mit der Meinung, dass ein EU-Beitritt ohne Verlust an Volksrechten möglich ist, steht die SPS alleine da. Der Vorschlag, im Gegenzug zum EU-Beitritt in der Schweiz Volksrechte auszubauen, ist durchsichtige Taktik. Um den entsprechenden Ausbau der Volksrechte

vorzunehmen, braucht das Schweizer Volk nicht auf den EU-Beitritt zu warten, da es, solange die Schweiz nicht in der EU ist, die volle Freiheit hat, seine politischen Rechte so auszugestalten, wie es dies will. Ein Demokratieausbau wäre somit möglich, ohne den massiven Demokratieverlust, der ein EU-Beitritt mit sich brächte, in Kauf nehmen zu müssen. Die SPS hat dem Schweizer Volk gar keine Abgeltungen zu offerieren - gnädigerweise.

Die EWR-Debatte hat gezeigt, dass von SP-Forderungen nach flankierenden Massnahmen wenig zu halten ist. Diese Forderungen sind nämlich nicht als Vorbedingungen für einen Beitritt zu verstehen, da die SP bei der Alternative "EU-Beitritt ohne flankierende Massnahmen" und "Alleingang" sich alleweil für den Beitritt entscheiden wird. Die Geschichte der EU-Integration zeigt, dass der Weg in die EU mit frommen Vorbehalten der Oberschichten gespickt ist. Diese Vorbehalte dienen in den jeweiligen Situationen dazu, Aengste der Bevölkerung zu beschwichtigen. Nachdem sich die Basis an die neue Perspektive gewöhnt haben, geraten die Vorbehalte sang- und klanglos in Vergessenheit.

Demokratieausbau durch Demokratieabbau - ein sozialdemokratisches Kunststück

Interview mit SP-Präsident Peter Bodenmann

Da der Tagespresse und der SPS-Pressemitteilung nicht zu entnehmen war, was sich die SPS unter den flankierenden Massnahmen vorstellt und worüber denn zur "Europa-Frage" abgestimmt werden sollte, führte Alex C. Bauert am 24. November für das Europa-Magazin ein kurzes Telefoninterview mit dem SPS-Präsidenten Peter Bodenmann

Europa-Magazin (EM): Herr Bodenmann, die SPS will noch vor den Wahlen im Herbst 95 eine Abstimmung zur Europafrage. Worüber soll abgestimmt werden?

Peter Bodenmann (PB): Die SPS will die Blockierung in der Europafrage überwinden und die Wahlen 95 von der Europafrage entlasten. Via Abstimmung sollte dem Bundesrat das Mandat für EU-Beitrittsverhandlungen gegeben werden.

EM Das würde heissen, dass zu einem späteren Zeitpunkt noch über den effektiven Beitritt abgestimmt würde?

PB Richtig.

E.M. Worüber soll formal abgestimmt werden? Für eine Volksinitiative reicht die Zeit offensichtlich nicht.

PB Der Bundesrat könnte einen entsprechenden Gegenvorschlag zur Initiative der Euro-jeunes ausarbeiten. Dann könnte bereits im Juni, spätestens aber im September darüber abgestimmt werden. Es gibt aber auch

noch weitere rechtliche Möglichkeiten, diese Frage kurzfristig vors Volk zu bringen.

EM Worin bestehen die angekündigten flankierenden Massnahmen konkret und an wen richten sie sich?

PB Mit diesen euro-kompatiblen Massnahmen wollen wir den ArbeitnehmerInnen die Angst vor dem Beitritt nehmen. Ich denke an die flächendeckende Gültigkeit von Gesamtarbeitsverträgen (GAV). Weiter sind wir für einen gesetzlichen Minimallohn.

EM Glauben Sie wirklich, dass ein Beitritt zur EU ohne Abbau der Volksrechte möglich sein wird?

PB Während die Bürgerlichen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt die Volksrechte abbauen wollen, möchten wir diese ausbauen. Konkret hiesse das, zusätzlich zum bisherigen Referendum das konstruktive Referendum einzuführen. Damit wäre es z.B. möglich gewesen, dass die Referenden gegen das Krankenkassengesetz sich gegen einzelne Bereiche gerichtet hätten, die einen hätten die Integration der Homöopathie gefordert, andere anderes ohne dass sich dies ausgeschlossen hätten.

EM Die Volksrechte ermöglichen es, Schweizer Delegationen per Volksinitiative in Sachfragen auf eine bestimmte Position zu fixieren, was besonders bei notwendiger Einstimmigkeit oder qualifiziertem Mehr im Ministerrat zu unerwünschten Blockierungen führen würde. Insofern ist es doch unwahrscheinlich, dass die EU der Schweiz den Beibehalt aller Volksrechte bei einem Beitritt zugestehen würde?

PB Dieses Problem wird völlig überschätzt. Solche Volksabstimmungen gäbe es höchstens bei Fragen wie der Währungsunion oder der Neutralität. Auch was die Volksinitiativen anbelangt, um Positionen vorzuschreiben, das wird alles überschätzt.

EM Würden Sie einem EU-Beitritt auch noch zustimmen, wenn die eine bürgerliche Mehrheit diesen mit einem Abbau der direkten Demokratie verbinden würde?

PB Ein Abbau der Volksrechte wie ihn die Bürgerlichen wollen, ist völlig unrealistisch, da sich 85 % der Befragten in Umfragen zur direkten Demokratie für deren Beibehalt aussprechen. Diese Frage stellt sich für mich gar nicht.

EM Besten Dank für das Gespräch.

Wichtige Forderung der Gewerkschaften und SPS auch ohne EWR-Beitritt erfüllt

Die Gewerkschaften und die SP behaupteten vor der EWR-Abstimmung, wir müssten in die EU, um einige längst fällige Anpassungen im Sozialbereich vorzunehmen. Die Schweiz könne diese (übrigens bescheidenen) Fortschritte nicht aus eigener Kraft vollziehen. Einer dieser Fortschritte, die ein EWR-Beitritt gebracht hätte, bestand in Anführungsrechten der Arbeitnehmer, etwas beschönigend "Mitbestimmungsrechte" genannt. Am 1. Mai 1994 trat allerdings ein Gesetz in Kraft, das das schweizerische Arbeitsrecht im Bereich der Arbeitnehmerrechte dem europäischen Mindeststandard anpasste. Alle Beschäftigten erhalten in privaten Betrieben einen Anspruch auf Information und Anhörungsrechte bei Betriebsverkäufen und Kollektiventlassungen aus wirtschaftlichen Gründen, sowie in Fragen des Gesundheitsschutzes und der Arbeitssicherheit. Wenn im Betrieb keine demokratisch gewählte Arbeitnehmervertretung vorhanden ist, stehen die gesetzlichen Mitwirkungsrechte den Beschäftigten direkt zu. Gleichzeitig mit dem Anhörungsrecht wird über das Arbeitsvertragsrecht die Situation der Lohnabhängigen bei Betriebsverkäufen und Kollektiventlassungen verbessert (Gewerkschaftspolitik, 6. Mai 1994). pr.

Spekulationen zu den Auswirkungen der neuen Kräfteverhältnisse in der EU

Die neue 15er-EU

Von verschiedenen Seiten werden die Abstimmungsergebnisse der drei skandinavischen Länder und Österreichs weidlich ausgeschlachtet. Der Nicht-Beitritt Norwegens ist für uns, die wir uns an Stelle der EU-Integration andere Formen der internationalen Zusammenarbeit in Europa wünschen, sicher eine Erleichterung.

axt Die EU wird sich nach den Beitritten von Österreich, Finnland und Schweden verändern. Die Allianzen innerhalb der EU werden neu gewichtet. Zu den bisherigen liberalen Ländern Deutschland, Grossbritannien, Benelux und Dänemark stossen nun die zwei neuen skandinavischen Staaten Schweden und Finnland, die in der Tradition des Freihandels stehen. Auf Grund der neuen Mehrheitsverhältnisse dürften somit die Freihandelstendenzen verstärkt werden.

Im Sozialbereich kennen die nördlichen EU-Länder eher gut ausgebaute Sozialversicherungssysteme. Es stellt sich nun die Frage, ob die Eliten dieser Länder die günstige Gelegenheit der EU-Integration dazu brauchen werden, um den Sozialstaat abzuschwächen, oder ob sie auf diesbezügliche EU-weite Verbesserungen hinarbeiten werden. Ähnliche Fragen stellen sich bezüglich des Umweltbereiches. Verbesserungen werden allerdings vorderhand an Grossbritannien und Spanien scheitern.

Diese beiden Staaten werden versuchen, bei der Sperrminorität und der Stimmengewichtung zu blockieren, um ihren territorialstaatlichen Spielraum wahren zu können.

Die neu Beigetretenen gehören zu den Netto-Zahlern und werden entsprechend für Sparsamkeit eintreten. Zusammen mit der in diesen Ländern vorhandenen Tradition der Transparenz - in Schweden kann die Korrespondenz der Minister von den BürgerInnen fast vollständig eingesehen werden - wird der Spardruck in der EU vielleicht zunehmen. Für die südlichen Ländern besteht damit die Möglichkeit, dass die neue Mehrheit eine bessere Kontrolle der Verwendung der EU-Gelder im Bereiche der Struktur- und Regionalfonds erzwingen wird. Grossbritannien wird sich eventuell einem verstärkten Druck ausgesetzt sehen, die EU-Sozialgesetzgebung doch übernehmen zu müssen.

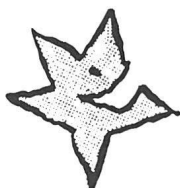
Die negativen Prognosen der EWR-BeitrittsbefürworterInnen haben sich nicht bewahrheitet



Die wirtschaftlichen Folgen des EWR-Neins

Der Bundesrat wollte zum zweiten Jahrestag des EWR-Neins vom 6. Dezember 1992 Studien zu den wirtschaftlichen Folgen der denkwürdigen EWR-Abstimmung Neins veröffentlichen. Dies war Zeitungsberichten im Frühjahr 1994 zu entnehmen. Diese Absicht gründete sich auf einer Machbarkeitsstudie einer Arbeitsgemeinschaft, der u.a. NR Franz Jaeger angehörte. Die Machbarkeitsstudie wurde im Auftrag des Bundesamtes für Konjunkturfragen erarbeitet und am 25. Februar 1994 veröffentlicht. Die Veröffentlichung der eigentlichen Studien lässt aber immer noch auf sich warten. Trotzdem lohnt es sich zwei Jahre nach dem EWR-Nein ein vorläufiges Fazit vorzunehmen.

von Paul Ruppen



Betrachtet man die 1992 im Vorfeld der Abstimmung von den Befürwortern vorgebrachten Wirtschafts-Argumente, so erweist sich, dass sie sich im Grossen und Ganzen als unzutreffend erwiesen haben.

Zertifizierung in der EU

Als wesentliche Benachteiligung der exportorientierten Schweizer Betriebe wurde ins Feld geführt, diese müssten ihre Produkte anstatt nur in einem Land in jedem einzelnen EWR-Land zertifizieren lassen. Dies wäre mit erheblichen Kosten und einer gefährlichen zeitlichen Verzögerung auf schnelllebigen Märkten verbunden. Diese Behauptung erwies sich in der Folge als unhaltbar. In Thun wurde nämlich seither eine Zweigstelle des deutschen Zertifizierungsanstalt TÜV eröffnet. Sie kann die Zertifizierungsverfahren bis kurz vor Abschluss selbstständig ausführen und sendet dann die Akten nach Deutschland, wo die Zertifizierung formell vorgenommen wird. Diese erfolgt auf der Grundlage der in Thun erarbeiteten Akten automatisch und gilt für den ganzen EWR-Raum. Bei dieser indirekten Zertifizierung entstehen für die Unternehmer nur unbedeutende Zeitverluste gegenüber einer unmittelbaren Zertifizierung im EU-Raum wie telephonisch bei Herrn Zysset, Direktor Technik und Dienste der TÜV Schweiz, zu vernehmen war.

Die Eröffnung der TÜV wurde in den Tageszeitungen äusserst diskret behandelt. Teilweise wird das Argument, die Schweiz müsse nach dem EWR-Nein in jedem EWR-Land eine Zertifizierung vornehmen, immer noch wiederholt. So etwa von der Nationalrätin und Vizepräsidentin der SPS, Francine Jeanprêtre, in der Zeitschrift "europa" vom November 1994. Aber auch von Unternehmern aus der Maschinenindustrie ist oft noch von Benachteiligungen bei der Zertifizierung zu hören.

Ursprungsregeln

Als weiteres Argument für den EWR-Beitritt wurden damals die Ursprungsregeln angegeben. Diesbezüglich kann bemerkt werden, dass sich die Ursprungsregeln des EWR von denen des Freihandelsabkommens von 1972 nur geringfügig unterschieden. Zudem wurde 1993 in einem ersten bilateralen Abkommen, von dem heute bezeichnenderweise kaum mehr gesprochen wird, eine weitgehende Gleichstellung bei den Ursprungsregeln erreicht. Die NZZ schrieb dazu: "Zwar wurde keine vollständige Gleichstellung mit den EWR-Ländern erlangt. Die Abweichung hält sich aber in Grenzen und soll wirtschaftlich nicht sehr bedeutend sein" (NZZ, 18/19. Dezember 1993, Seite 29).

Die Textilindustrie hätte übrigens vom EWR nicht profitiert, da die diskriminierende Ursprungsregeln nicht abgeschafft worden wären. Durch die harsche Befürwortung des EWR-Beitritts zielte dieser Sektor somit auf den EU-Beitritt. Von der Textilindustrie wird darauf hingewiesen, die EU hätte für den Fall eines Beitritts zum EWR Verhandlungen für die Abschaffung oder die Lockerung diskriminierender Ursprungsregeln angeboten. Im EWR wurden aber diesbezüglich in den letzten zwei Jahren keine Fortschritte gemacht.

Krise des Binnenmarktes Schweiz

Die Rezession der 90er Jahre ist ein weltweites Phänomen, und sie kann nicht dem EWR-Nein zugeschrieben werden. Bezüglich der Schweiz lässt sich aber feststellen, dass die Krise vor allem auch interner Natur war. Während die Exporte nach einem weltwirtschaftlich bedingten Tief bald wieder anstiegen, hielt die Rezession an, weil die Binnenmarktnachfrage nicht stieg. Diese Stagnation ist teilweise der allgemeinen Stimmung zuzuschreiben, andererseits dem unternehmerseits ausgeübten Druck auf die Löhne. Durch den Beitritt zum EWR wäre diese Binnenkrise wahrscheinlich verstärkt worden. Selbst Befürworter des EWR-Beitritts sprachen im Vorfeld der EWR-Abstimmung vom Anpassungsschock, den dieser auslösen würde. Die damit verbundene Restrukturierung hätte zu einem Anwachsen

der Arbeitslosigkeit geführt, was wiederum den Druck auf die Löhne gestärkt und die Inlandnachfrage geschwächt hätte.

Öffentliches Beschaffungswesen

Als weiteres Argument für die Benachteiligung wird etwa auch das öffentliche Beschaffungswesen angeführt. In der Tat müssen Schweizer Unternehmungen, die von der Schweiz aus anbieten wollen, 3% billiger offerieren als ihre EU-Konkurrenten und 50% des Mehrwertes in der EU produzieren, wenn sie in Betracht gezogen werden wollen. Es gilt diesbezüglich allerdings zu beachten, dass der freie Markt im öffentlichen Beschaffungswesen in der EU bisher eher auf dem Papier als in der Wirklichkeit besteht. Die EU-Kommission hat selber darauf hingewiesen, wie die Konkurrenz umgangen wird. Es werden zu kurze Einreichungsfristen angesetzt. Der Informationsfluss wird gehemmt oder mit illegalen Praktiken bevorzugt man die einheimischen Unternehmungen.

Standortwettbewerb

Eines der Ziele des EU-Binnenmarktes ist die Verschärfung der Konkurrenz der Unternehmen und der Standorte, um Westeuropa gegenüber dem Rest der Welt konkurrenzfähig einen Vorsprung zu verschaffen. Die Vereinheitlichung der Rechtssysteme erleichtert den Unternehmen die geschickte Ausnützung von jeweiligen Standortvorteilen. Dies hat zur Folge, dass Unternehmen ihre Produktionsstandorte bezüglich ihrer Konkurrenzfähigkeit immer wieder neu beurteilen und unter Umständen auch verlagern. Die Schweiz ist von diesem Standortwettbewerb nicht ausgeschlossen, ob sie nun im EWR ist oder nicht. Entsprechend erfolgen, je nach Produktion, Ansiedlungen und Auslagerungen von Fabrikationsstätten. Die Befürworter eines EU-Beitrittes versuchen nun, Auslagerungen geschickt für Ihre Propaganda zu nutzen, indem sie die einerseits verschweigen,

- dass viele Auslagerungen nach Osteuropa und in die Schwellenländer erfolgen,
- dass solche Auslagerungen ebenfalls aus der EU vorgenommen werden und

- dass auch innerhalb der EU oft arbeitsintensive Produktionen aus hochentwickelten Regionen in Regionen mit tieferen Löhnen verlagert werden. Der Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM) versuchte, ein Dossier mit 10 bis 15 abgesicherten und auf das EWR-Nein zurückzuführenden Auslagerungsfällen anzulegen. Es erwies sich aber bisher als unmöglich, diese Fälle zu finden (Berner Bund, 3. Dezember 1994, Seite 2).

Bezüglich der Auslagerung von Forschung bemerkte Heinz Hauser, Verfasser der vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Studie "EWR-Vertrag, EG-Beitritt, Alleingang" (1991): "Im Zug der zunehmenden internationalen Verflechtung der Wirtschaft und ihrer Globalisierung ist es ein durchaus normaler Trend, dass Unternehmen auch die Forschung und Führungsfunktionen zu dezentralisieren beginnen. Das würde auch bei einem EWR-Ja ge-

schehen oder einer EU-Mitgliedschaft" (Berner Zeitung, 3. Dezember 1994).

Opfer der eigenen Propaganda?

Man kann kaum behaupten, das EWR-Nein habe überhaupt keine Auswirkungen auf das Verhalten der Unternehmer gehabt. Besonders in der Westschweiz wurde mancher offensichtlich Opfer der Propaganda der EWR-Befürworter, indem die entsprechenden Schreckensszenarien für bare Münze genommen wurden. Dies wirkte sich auf das Investitionsverhalten aus. Allerdings hielt sich diese psychologische Auswirkung des EWR-Neins in Grenzen, da die konkrete Möglichkeit, Geld mit Gewinn zu investieren, entsprechende ideologische "Europa"-Bedenken bald überwand.



Wirtschaftsegoismus

Die Argumente der EWR-Befürworter weisen oft einen nationalistischen Unterton auf. Das Exportland Schweiz wird über alles gestellt, und der heimischen Bevölkerung wird Angst gemacht, die übrigen "Europäer" oder Weltbewohner würden ihnen die Arbeitsplätze stehlen. Geht man von einer grundsätzlichen Gleichwertigkeit aller Erdenbewohner aus, ist nicht einzusehen, wieso es besser ist, einen Arbeitsplatz in der reichen Schweiz als in einem ärmeren Land mit höherer Arbeitslosigkeit zu schaffen. Wer nicht von dieser prinzipiellen Gleichwertigkeit ausgeht, offenbart seinen latenten Nationalismus. Gegenüber diesem latenten Nationalismus ist zu verlangen, dass die Schweiz tendenziell mit den übrigen Ländern der Welt eine ausgeglichene Handelsbilanz aufweist.

Wirtschaftszentrierte Debatte

Debatten über die Vor- und Nachteile des EWR-Neins, die sich auf die wirtschaftlichen Auswirkungen beschränken, greifen zu kurz. Bei der EWR-Abstimmung ging es nämlich hauptsächlich um die direktdemokratische Selbstbestimmung der stimmberechtigten Bevölkerung der Schweiz und um die Frage, welche politischen Strukturen für Europa anzustreben sind. Für weite Kreise der Bevölkerung waren zudem die Auswirkungen auf die Umwelt von Bedeutung. Die immerwährende Beschwörung angeblicher wirtschaftlicher Nachteile und die geschickte Inszenierung des Feinbildes Blocher dienen nur dazu, diese Tatsache zu überdecken.

1 Die wirtschaftlichen Auswirkungen des EWR-Neins: Machbarkeitsstudie der Arbeitsgemeinschaft KOF/ETH und FEW/HSG im Auftrage des BFK, Schlussbericht 25. Februar 1994, Jürg Bärlocher, Pascal Burkard, Franz Jaeger und Bernd Schips.

2 TÜV (Schweiz) AG, Allmendstrasse 86, 3602 Thun: Tel: 033 22 02 60

Bücher/Schweiz-EU



Die Eidgenossenschaft zwischen Rütli und EWR

Das Buch ist vieles in einem. Der Untertitel weist es aus als "Der Versuch einer Neuorientierung der Schweizer Europapolitik" in Richtung Beitritt. Der Inhalt besteht aus der Geschichte der Diskussion um die sogenannte "Europafrage", d.h. Beitritt ja oder nein und zu was, EWR oder EU. Doch von nichts ist der Autor ferner, als der Position eines neutralen Beobachters und Erzähler. In und zwischen den Zeilen wirbt er unablässig um die Einsicht, dass es auf mittlere und längere Sicht hin nichts ausser dem Beitritt zur EU gibt. Da der Informationsgehalt darunter nicht leidet und der Autor dem Bundesrat zu Recht eine miserable Informationspolitik vorwirft, ist das Buch eine nicht zu unterschätzende Info-Quelle.

Er beschreibt die Spannungsfelder (und dessen Geschichte) der exportorientierten Wirtschaftskreise contra Gewerbe und Landwirtschaft, Land contra Stadt sowie die Strategie "Neutralität und freier Handel mit allen". Vor diesem Hintergrund zeichnet er die Europapolitik der Schweiz nach.

Einerseits wirft der Autor allen Parteien und Verbänden vor, nur Partikularinteressen zu vertreten wie es kurzfristig am besten ist, andererseits schreibt er, dass es den SchweizerInnen in der Europafrage nicht nur ums Portemonnaie geht. Und: "(eine) einseitig ökonomistische Sichtweise verkennt, dass der Europagedanke nur dort gedeiht, wo er die Menschen wirklich überzeugt. Wenn die Brüsseler "Berufseuropäer" auch in Zukunft fortfahren, den aus einem "änderungstempobedingten Vertrauensschwund" herausgewachsenen "Herkunfiskonseratismus" ... als Ausdruck eines anachronistischen Hinterwäldlertums zu diskreditieren statt ihn als existenzielle Lebensäußerung zu akzeptieren; und wenn die nach immer mehr Kompetenzen rufenden "Eurokraten" das Subsidiaritätsprinzip weiterhin als lästiges Hindernis zur Durchsetzung ihrer technokratischen Visionen behandeln, statt ihm im "Europa der Regionen" eine Entfaltungsmöglichkeit zu gewähren, dann wird ihnen der europäische Souverän - wie in Dänemark oder der Schweiz - schon bald in ganz Europa die Gefolgschaft verweigern." (S. 202)

Diese Skepsis gegenüber der Entwicklung in der EU steht in krassem Gegensatz zu der vom Autor ständig vertretenen pauschalen Kritik am Nicht-Beitritt der Schweiz. Er wird sich auch kaum Gedanken gemacht

haben, wie denn der europäische Souverän den Eurokraten die Gefolgschaft verweigern kann, denn ohne direkte Demokratie ist dies kaum möglich solange alle grösseren Parteien auf dem Eurokraten-Kurs segeln.

Ralf Langejürgen, Die Eidgenossenschaft zwischen Rütli und EWR. Der Versuch einer Neuorientierung der Schweizer Europapolitik, Rügger, Zürich 1993.



Europa-Visionen

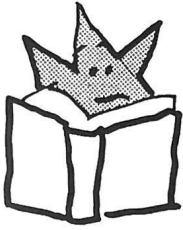
Diese Studie stützt sich auf die Befragung von 4500 Personen aus allen Sprachgebieten der Schweiz. Differenziert und unvoreingenommen wird versucht, die

Stimmung der SchweizerInnen und deren Hintergründe wiederzugeben.

Der EU-Politik steht der Autor selber auch kritisch gegenüber: "Kann Distanz gegenüber dem EG-Europaprojekt als Populismus abgewertet werden? Distanznahme ist zumindest ebenso rational, wie der Optimismus, im bestehenden Drehbuch Westeuropa rückwirkend Co-Regisseur werden zu wollen. Schon minimale Korrekturen werden für einen Kleinstaat wie die Schweiz kaum mehr anzubringen sein." (S. 14)

Es wird dem Zusammenhang von Welt- und Sprachbildern nachgegangen, um herauszufinden, mit welchen Werten und Erwartungen diese vernetzt sind. Es entstehen auf Grund unterschiedlicher Werte gleiches Abstimmungsverhalten, was wir zwar kennen, aber noch wenig auf der Ebene der konkreten Weltbilder und Erfahrungswelten verstehen. Jene, die ihre Interessen mit traditionellen Werten wahren möchten, entscheiden in die gleiche Richtung wie jene, die ihr Nein mit Innovationen begründen, die für die Vision eines pluralen Europa und das globale Überleben notwendig sind."





Klein gegen gross?

Unter dem Titel "Das Aussenbild: Chancen und Gefahren des EWR-Europa" gehen die Autoren der Frage nach, wie denn dieses Aussenbild zustande kommt, welche Konflikte hineinspielen und welche Resultate entstehen.

Die Bilder und Werte über das Eigene, die Schweiz, werden in jene Vorstellungen übersetzt, die sich die Bevölkerung über das Aussen macht.

"Sowohl der Konflikt zwischen qualitäts- und effizienzbezogenen Werten wie der Gegensatz zwischen Industrialismus und Zivilisationsskepsis, Fortschrittsoptimismus und -pessimismus sind im Bild der Bevölkerung präsent".

Eine Darstellung der "Befindlichkeit der SchweizerInnen" angesichts der Zukunftsfragen, wie sie sich in nächster Zeit anlässlich von Abstimmungen wieder des öfters stellen werden". axt.

H.-P. Meier-Dallach, Europa Visionen. Globale Trends und das EG-Dilemma Schweiz, edition cultur prospective, Zürich 1992

H.-P. Meier-Dallach et al, Klein gegen gross? Befürchtungen und Wünsche für die Zukunft. Die Sicht der Schweizer Bevölkerung, edition cultur prospective, Zürich 1993

Bestelladresse für beide Publikationen: ed. culture prospective, Gasometerstr. 28, 8005 Zürich



Die Schweiz im Alleingang

Das Trio Borner/Brnettie/Straubhaar ist hinreichend bekannt. Mit ihrem Buch "Schweiz AG - Vom Sonderfall zum Sanierungsfall?" hatten sie ihre Deregulierungswünsche, ihre

Vorstellungen wie die Volksrechte in der Schweiz abgebaut werden sollen, damit das Geschäft wieder läuft, bereits bekanntgegeben.

Die Bundesratswahl vom Frühjahr 93 wird als Komödie bezeichnet, die "politische" Forderung der drei Autoren erschöpft sich darin, die Abschaffung der Zauberformel zu fordern und vor der Einführung von

neuen Wählbarkeitskriterien zu warnen ("beispielsweise Frauenquote", S. 37).

Auch das Demokratieverständnis kommt beim Gleichnis vom Fussballspiel klar zum Ausdruck: "Das Demokratieverständnis vieler Schweizer scheint nun das zu sein, dass man zuerst den Schiedsrichter seines Amtes walten lässt, sich aber gleichzeitig das Recht vorbehält, jederzeit die Abstimmung sofort und direkt in dessen Entscheidung einzugreifen. Nach einem zweifelhaften Elfmeter spielt das Publikum Landsgemeinde. Wenn dies jedoch nicht das Ende des Fussballsports wäre, warum ist dann die verabsolutierte direkte Demokratie nicht auch das Ende der Gewaltenteilung?" (S. 40). Leider wird nicht ganz deutlich, was wie gemeint ist. Sollte es aber so sein, dass diejenigen, die entscheiden, d.h. Bundesrat und Parlament, von niemandem in einzelnen Sachfragen gestoppt werden können, lautet der Schluss, dass das Autorenteam die faktische Abschaffung der direkten Demokratie fordert.

Die Varianten, die zu dieser Abschaffung zur Verfügung stehen sehen folgendermassen aus (S. 130f): (1) Abschaffung des fakultativen Referendums oder (2) dessen Einschränkung, d.h. kein Referendum wenn eine 2/3 Mehrheit im Parlament vorhanden ist oder (3) via Limitierung der Anzahl Referenden pro Organisation und Zeitraum. Dann geht es direkt ans Portemonnaie der meist nicht so finanzstarken Oppositionsparteien, gegen die sich die Vorschläge ja alle richten. (4) Die Erhöhung der Unterschriftenzahl und (5) die Bestrafung erfolgloser Referenden via Kautio, die bei Nicht-Erfolg nicht mehr zurückbezahlt wird. (6) Die Erhöhung der Kosten im Abstimmungskampf via Subventionen an Befürworter des Parlamentsbeschlusses. Und Variante (7), die Referenden sollen erst drei Jahre nach Inkrafttreten eines Gesetzes möglich sein, damit die Bürger sich erst mal von den effektiven Vor- oder Nachteilen überzeugen könnten. "Die generelle Stossrichtung von Reformen muss also zusammengefasst darauf ausgerichtet sein, die Macht organisierter Partikularinteressen auf ein im europäischen Vergleich "übliches" Mass zurückzustutzen." (S. 141) Jeglicher weiterer Kommentar erübrigt sich da ... axt

Silvio Borner et al, Die Schweiz im Alleingang, NZZ, Zürich 1994

Gesucht: LektorIn für das Europa-Magazin. Der Druckfehler-Teufel wird uns noch lange plagen, weil wir uns kein professionelles Lektorat für unsere Zeitschrift leisten können.

Wer möchte die Magazin-Texte immer schon im Voraus lesen? Bitte Telefon oder Fax an 01 - 432 80 17!

-----Bücher/Recht-----



Texte von EG/EU-Gesetzen und-Verträgen

Die wohl eher für die riesigen brüsseler Bürotische gedachten offiziellen Ausgaben zum EWR und EU sind weder handlich (zu gross und dick), noch praktisch (viele Querverweise, ohne dass

diese Texte im gleichen Buch greifbar sind).

Im dtv ist in der Reihe Beck-Texte eine viel billigere, leichte, kleine und praktische Ausgabe mit EU-, EWR- und EG-Vertrag, dem EU-Prozessrecht, EU-Rat-Satzung und der Menschenrechtskonvention erschienen. Die einzelnen Texte werden eingeführt und das Ganze ist mit einem Register versehen. axt.

Europa-Recht 12. A., Beck-Texte im dtv, dtv 5014, 12. Auflage, München 1993



Urteile und Entscheide in der EU

Eine auch für Laien leicht zugängliche, handliche, überschaubare Sammlung der Rechtsprechung des EU-Gerichtshofes und der Entscheidungen der EG-Kommission der Jahre

1989 - 93 geboten. Die Weiterführung dieser Ausgabe ist vorgesehen, inklusive die nachträgliche Besprechung der wichtigsten älteren Urteile.

Die thematische Anordnung zusammen mit dem Stichwortverzeichnis ermöglicht einen schnellen Zugriff auch ohne Vorwissen. axt.

H-J. Meyer-Marsilius et al (Hrsg.), Europäische Rechtsprechung 1989-1993. Konzentrierte Fassung, Orell Füssli, Zürich 1994



EU-Recht für Anfänger

Das Buch wendet sich an alle, die sich einen ersten Überblick über europarechtliche Fragestellungen verschaffen wollen. Angesprochen werden Studenten und Juristen, aber auch für interessierte Laien handelt es sich um leicht zugängliches Wissen darüber, wer in der EU in welchen Bereichen wie entscheidet, wie EU-Parlament und andere Institutionen zusammengesetzt sind und wer die entsprechenden personellen Entscheide fällt. axt.

H. H. Bischof, Europarecht für Anfänger, Verlag C.H. Beck, München 1994

-----Bücher/Verschiedenes-----

EU-ABC

Das Lexikon ermöglicht den raschen Überblick über viele der wichtigen rechtlichen, steuerlichen und wirtschaftlichen Fragen der EU.

Ausserdem sind sind Begriffe, Akürzungen und Namen (etwa von Förderungs- oder Forschungsprogrammen) stichwortartig erläutert. Besonders positiv zu vermerken ist, dass zwischen europäisch und EU unterschieden wird, so dass unter anderem vom EU-Gerichtshof die Rede ist. axt.

G. Ettl et al, EU-ABC. Lexikon für Wirtschaft, Recht, Steuern, Finanzen, Institutionen. Economica Vlg, Bonn 1994



Europa in Zahlen

12 Mitglieder hat der Rat, 518 Abgeordnete das EU-Parlament, 439 Menschen pro km² leben in Holland, die EU hat 1985/1987 938,3 bzw. 1'134,3 Mio kg Fluorkohlenwasserstoffe (FCKW) ausgeführt, das sind 35,8 bzw. 33,2 % der Welterzeugung.

Dazu einführende Kommentare wo sinnvoll und Angaben zu weiterführender Literatur zum Thema.

Insofern nicht nur Zahlen, sondern auch Einführungswissen.

Aus dem Impressum: "Diese Veröffentlichung ... gibt nicht unbedingt die offizielle Meinung der Institutionen der EG wieder". axt.

Eurostat, Europa in Zahlen, Amt für amtliche Veröffentlichungen, Luxemburg 1993



Eine Orientierung zum EWR

Eine Sammlung von Vorträgen, die im Vorfeld der Abstimmung über den EWR-Beitritt an der Universität Zürich gehalten worden sind. Auch zwei Jahre später eine gute Darstellung zu einzelnen Themen wie den vier Freiheiten, das EU-Umweltrecht, die Umsetzung des Abkommens in das schweizerische Recht, sowie dessen institutionellen Bestimmungen und andere zentrale Themen. axt.

R. Zäch et al (Hrsg.), Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum. Eine Orientierung, Europa Institut Zürich, erschienen im Schulthess Verlag, Zürich 1992

-----Kurzinfos/Gewerkschaften-----

Delors am 15. Dezember zu Gast des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)



Sozialklauseln in inter- nationalen Handelsverträgen?

Alle internationalen Handelsverträge sollten nach Meinung des EU-Gewerkschaftsausschusses Textil, Bekleidung und Leder Klauseln enthalten, mit denen die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) anerkannt werden. "Das Verbot der Kinderarbeit,

die Ächtung der Zwangsarbeit und das Recht auf Zusammenschluss und Tarifverhandlungen" müssten grundlegende Bedingungen für den Welthandel sein". Von Abgaben für die soziale Besserstellung der betroffenen Kinder, denen es auf Grund der Sozialklauseln kaum viel besser gehen wird, war nichts zu hören. EGB-Report Nov.94. axt.

Blockierung in der EU-Sozialpolitik

Eine Reform der Regelungen über die Entsendung von Arbeitskräften stiess auf den erbitterten Widerstand südlicher EU-Mitgliedländer. Arbeitskräfte aus den südlichen EU-Ländern können bisher bis zu vier Wochen in jedem EU-Land arbeiten, dies aber zu den Bedingungen des Ursprungslandes. Dies führt etwa in Deutschland zu Sozio-Dumping, was die deutschen Gewerkschaften mit Missmut betrachteten. Der deutsche Ratsvorsitzende sprach bei der entsprechenden Ratssitzung sogar vom "Chaos am heimischen Baumarkt". Deutschland will die Frage am 21. Dezember 1994 nochmals auf den Tisch bringen (NZZ 7. Dezember 1994). pr.

-----Kurzinfo / Atomgefahr-----

Wollen wir das einfach schlucken?

Im naiven Glauben, schwerwiegende EU-Eingriffe bei der Lebensmittelqualität souverän von Österreich fernhalten zu können, liess die Regierung immer wieder wissen, dass bestrahlte Lebensmittel auch in EU-Österreich nicht aufgetischt werden dürfen (z.B. "EWR-ABC" 1991, S. 70), doch:

"Die in einem Land zugelassenen bestrahlten Nahrungsmittel müssen auch von anderen EG-Ländern (...) zum Verkauf zugelassen werden." = EG-Prinzip der gegenseitigen Anerkennung. (Broschüre "Lebensmittelqualität und EU-Binnenmarkt" der Arbeiterkammer Niederösterreichs, März 1992)

"Österreich wird ab 1993 gewährleisten müssen, dass seinen Bürgern radioaktiv bestrahlte, gentechnisch veränderte und qualitativ unterschiedliche Lebensmittel aufgetischt werden dürfen." (Kurier 10.9.92, Aussage von Reinhard Büscher, hoher Lebensmittelbeamter der EU).

"Der Binnenmarkt bringt () die Gefahr, das ungelöste Problem der Entsorgung radioaktiver Abfälle durch eine europaweite Verschiebung zu verschleiern" (Spiegel-Spezial "Europa ohne Grenzen. Alarm für die Umwelt).

1992 brachte das Gesundheitsministerium einen Entwurf für ein Atommüll-Importverbotsgesetz heraus - eine alte Forderung der österreichischen AtomgegnerInnen. Minsiter Aussenwinklers Pressesprecher am 29.10.92 an den Naturschutzbund (ÖNB): der Entwurf würde



Le Monde

insgesamt "von allen Seiten äusserst positiv beurteilt". Bis im Herbst 1993 das Gesetz sang- und klanglos fallengelassen wurde. "Begündung": es werde allgemein als unnötig erachtet. Wirklicher Grund: In der ursprünglichen Begutachtung war der Entwurf allgemein begrüsst worden, einzig die Industriellenvereinigung hatte das Atommüllimportverbot als nicht EU-konform abgelehnt. - Die Bundesregierung gehorchte... axt. Kontaktadresse: PLATTFORM, Arenbergstr. 10, A-5020 Salzburg, Tel 0662-643567, jeweils 9.00-13.00

-----Kurzinfos/Schweiz-EU-----

AUNS-Juniorgruppe?

Am 5. Dezember hat sich in Bern das "jugendliche Gegengewicht" zum Komitee "Geboren am 7. Dez. 92" der Presse vorgestellt. Unter dem Namen "Junge Vereinigung Zukunft Schweiz" (JZS) will sich diese "überparteiliche Organisation Junger Leute" für "eine neutrale, unabhängige und weltoffene Schweiz ohne Fremdherrschaft einsetzen".

Der Vereinszweck entspricht ungefähr dem der AUNS: Erhalt der Neutralität, gegen den EWR-/EU- und den UNO-Beitritt. Die Haltung der neuen Gruppe richtet sich - nach eigenen Angaben - nicht grundsätzlich gegen die Europäische Integration, sondern gegen die EU in ihrer heutigen Form und gegen die Zentralisierungstendenzen im Sinne des Vertrags von Maastricht.

Am Telefon erklärte Patrik Woerz, Präsident der JSZ und Zürcher Jungliberalen, dass ihre Gruppe nicht eine AUNS-Jugendorganisation sei. Gegenüber der AUNS bestünden nämlich durchaus inhaltliche Differenzen, z.B. im Bereich der Drogenpolitik.

Es gebe auch Mitglieder aus der SP und von den Grünen, der Vorstand setze sich zu einem guten Teil aus Parteilosen zusammen. axt.



Zwei Hauptmotive für die EU-Haltung in der Romandie

Für die Zustimmung der Westschweizer Kanton zum EWR-Beitritt, sieht P. Couchepin, Fraktionspräsident der FdP, zwei Gründe:

1. Die Romands wissen, dass die Romandie zu klein und wirtschaftlich zu schwach ist, um ohne Integration in ein grösseres Gefüge überleben zu können. "Der Genfer Regierungsrat G.-O. Segon sieht die Integration der Schweiz in die EU gar nur als weitere Etappe eines Prozesses, der 1848 mit der richtigen Integration der Westschweiz in die Schweiz begonne habe. Integration in ein grösseres Ganzes liegt so fast in der Natur der Romandie."

2. Die Romands gehen komplexe politische Probleme so an, dass sie sich zuerst für grobe Linien und Grundsätze entscheiden und die Detailprobleme erst später regeln. Die Deutschweizer würden erst ja oder nein sagen, wenn sie sämtliche Details kennen. Nebst den kulturellen Unterschieden sei die Tatsache wichtig, dass die deutsche Schweiz als die Mehrheit im Lande meistens darauf bestehen kann, dass alles geregelt ist, bevor sie zustimmt. pr.

Grünes Trauerspiel

Ohne die Basis zu konsultieren, steuert die Fraktion der Grünen Partei Schweiz einen scharfen EU-Betritts-Kurs. Die undemokratische Vorgehensweise der Parteispitze spiegelt das neue Demokratieverständnis der grünen Elite. Rosmarie Bär, die in der EWR-Abstimmung auf lobenswerte Art die Demokratiefrage in den Vordergrund rückte, geht mittlerweile so weit, das "Stillschweigen des Bundesrates" in der Europa-Frage zu geisseln. Die Grüne Fraktion ist sich weitgehend einig, dass die Schweiz über kurz oder lang in die EU muss. Laut Insidern ist der Kurswechsel der grünen Parlamentarier vor allem wahltaktisch zu erklären: Da die grosse Mehrheit der Journalisten für einen EU-Beitritt sind, möchte man es sich bei ihnen nicht verderben. Man fürchtet, ohne das Wohlwollen der Journalisten bei den nächsten Wahlen ein Debakel zu erleiden. Ob diese Rechnung aufgeht, ist allerdings mehr als fraglich. Die EU-Befürworter im Mitte-Links-Lager werden bereits durch die SPS bedient. Die Grünen konnten bisher die Marktlücke der mitte-links EU-Skeptiker besetzen. Es ist nicht klug, eine Marktlücke zu verlassen, um sich auf einem gesättigten Markt anbieten zu wollen. Der Schwenker der Grünen lässt mitte-links-EU-Skeptiker im Regen stehen. Ein wichtiger Teil der Bevölkerung wird in dieser Frage nicht mehr im Parlament repräsentiert. Es stellt sich deshalb die Frage, ob das "Forum" nicht versuchen sollte, in einigen grossen Kantonen die Lancierung "freier EU-kritischer Listen" zu fördern - mit Leuten aus dem öko-sozialen Lager. pr.

Forderungen der Konsumentenverbände innenpolitisch realisiert

Die Konsumentenverbände befürworteten 1992 den EWR-Vertrag, weil dieser eine verbesserte Produkthaftung vorsah. Wir wiesen im Vorfeld der Abstimmung darauf hin, dass die Verbesserungen des EWR auch autonom eingeführt werden könnten. In der Tat wurden die entsprechenden Verschärfungen der Produkthaftungspflicht hierzulande relativ schnell eingeführt. Im Rahmen der Swisslex wurde von den Eidgenössischen Räten ein Produkthaftungsgesetz erlassen, das bereits seit Anfang 1994 in Kraft ist. pr.



-----Kurzinfos/Wirtschaft-----

Arbeitslosigkeit in der EU

Der EU-Kommissar Henning Christophersen hat die zwölf EU-Mitgliedstaaten beim Treffen der Wirtschaftsminister anfangs November scharf kritisiert. Sie würden viel zu wenig zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit unternehmen und alles Heil von der sich abzeichnenden Konjunkturerholung erwarten. Der EU-Ausschuss für Wirtschaftspolitik, es handelt sich um ein Expertengremium, das die Wirtschaftsminister berät, warnt diese, eine konjunkturelle Erholung reiche nicht aus, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Die Kommission hat in ihrem "Weissbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung", das im Dezember 1993 erschien, verlangt, dass die Sozialkosten, welche auf der Arbeit lasten, um 1 bis 2 Prozent reduziert werden. Bisher sei aber nur eine Reduktion um 0,5 Prozent gelungen. Das bescheidene Ziel, 15 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen und dadurch die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 von 10,7 auf 6 bis 8 Prozent herunterzuholen, sei so unmöglich zu errei-

chen (Berner Bund, 9. Nov. 1994). Das Ziel dieser Senkung der Arbeitslosigkeit wird laut Weissbuch ausserdem nur durch ein Wirtschaftswachstum von 3,5% pro Jahr und durch massive Investitionen in Infrastruktur-Grossprojekte möglich. Letztere werden durch den scharfen Widerstand von Grossbritannien und Deutschland gebremst. Es ist absehbar, dass die EU die Arbeitslosigkeit nicht in Griff bekommt, womit das Weissbuch die historische Bedeutung hat, den EU-Westeuropäern vorzuspiegeln, es werde etwas zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan. pr.

Übernahme der EU-Vorschriften für Autos - billigere Einfuhr für Private

Harmonisierung der schweizerischen Bau- und Ausstattungs Vorschriften der Strassenfahrzeuge. Die Vorschriften sollen an die der EU angeglichen werden. Dadurch wird die Einfuhr von Autos durch Private erleichtert. Verlierer sind die Autoimporteure, die derzeit noch über monopolartige Positionen verfügen. axt.

-----Kurzinfos/Verschiedenes-----

Die EU vertröstet Osteuropäer

Die osteuropäischen Länder - ohne die GUS bis zum Ural und Kaukasus - werden erst ab 1996 mit der EU über einen möglichen Beitritt verhandeln können. Dies werde ohne fester Zeitplan geschehen.

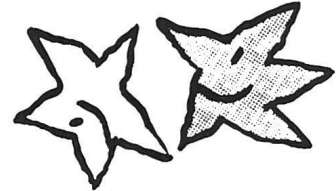
Die Aussenminister Polens und Ungarn sprachen sich für einen Beitritt noch vor 2000 aus.

Diese Verlautbarungen stammen vom ersten gemeinsamen Treffen der Aussenminister der EU mit denen von Rumänien, Bulgarien, Tschechischen Republik, Slowakei, Polen und Ungarn.

Den baltischen Staaten wurde per Vertrag das Anrecht auf die EU-Mitgliedschaft zugesichert - ebenfalls ohne Zeitplan und ohne die Beitrittsbedingungen zu nennen. TA 1.11.94. axt

Ungarische Agrarpolitik

Da die osteuropäischen Länder zuerst das liberale Credo des Westens für bare Münze genommen hatten und die Agrarmärkte weit öffneten, wurden sie von subventionierten EU-Produkten überschwemmt. Doch bald regte sich in den verschiedenen Ländern bäuerlicher Widerstand. Dieser führte dazu, dass nun nach Polen auch Ungarn mit Wirkung ab 1. November den Importschutz für die Landwirtschaft stark ausweitete. Durch eine GATT-konforme Verordnung werden die Zölle je nach Güterkategorie um durchschnittlich mehr als die Hälfte erhöht (NZZ 26. Oktober 1994). pr



Liechtenstein

Laut dem Fürsten Hans-Adam II droht dem Finanzplatz Liechtenstein heute weniger Gefahr von Brüssel als von Bern her. Im Einflussbereich der EU existierten nämlich eine Vielzahl von Finanzplätzen und Steueroasen, die sich gegenseitig konkurrenzten und die in manchen Bereichen sehr viel grosszügiger seien als Liechtenstein. Der Druck der Schweiz habe demgegenüber in den vergangenen zwanzig Jahren in Liechtenstein dazu geführt, dass die gesetzlichen Vorschriften in diesem Bereich strenger gefasst worden seien als der Durchschnitt innerhalb der Europäischen Union. Insbesondere funktioniere die Rechtshilfe zwischen Liechtenstein und einzelnen EU-Staaten oft besser als innerhalb der Gemeinschaft. Der Fürst schliesst: "Eines Tages werden wir uns wohl entscheiden müssen zwischen dem Finanzplatz Liechtenstein und den Wirtschaftsverträgen mit der Schweiz." (NZZ. 26. Oktober 1994) . pr.

"Tiroler Freiheitskommers"

In Innsbruck fand am dritten Oktoberwochenende einer Treffen rechtsgerichteter Gruppen statt, das von "schlagenden" und "freiheitlichen" Burschenschaften veranstaltet wurde. Das Treffen fand unter einem riesigen Transparent mit der Aufschrift "Wir Tiroler von Kufstein bis Salurn" statt. Die rechte Szene, die sich pro-europäisch gibt, betrachtet den Beitritt Österreichs zur EU als geeignetes Mittel, langfristig Südtirol wieder

"heimzuholen". Am Treffen fanden sich auch Deutsche aus rechtsnationalen und rechtsextremen Kreisen ein. Zu diesem Treffen und zu rechtsextremen Europastrategien findet sich ein interessanter Artikel in der letzten Ausgabe von "Europakardiogramm 4/32" (Adresse: Kritische Europa Informationen, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien). pr.

Bildungskooperation

Die schweizerische Beteiligung an den EU-Programmen zur Förderung der Mobilität im Bildungswesen wird vermutlich für ein Jahr unterbrochen werden. Dies auf Grund des wenig kooperativen Verhaltens der EU, die versucht, Querverbindungen zum freien Personenverkehr herzustellen. Dabei profitierten besonders Studenten aus der EU von diesem Programm. Es kamen nämlich mehr EU-Ausländer in die Schweiz, um hier zu studieren als Schweizer ins EU-Ausland gingen. Die Episode zeigt jedenfalls, dass sich die Offenheit der EU in Grenzen hält. pr.

Umfrage-Tricks

Gemäss einer von *Isopublic* für die Kreditanstalt durchgeführten Umfrage sollen 57% der Schweizer und 52% der Deutschschweizer für den EU-Beitritt sein, sofern der Schweiz dieselben Bedingungen wie Österreich gestellt werden. Der *Sonntagsblick* veröffentlichte am letzten Novembersonntag eine Umfrage des Instituts *Link*, die sogar eine 60prozentige Zustimmung zum Beitritt eruierte. Claude Longchamp und Hans-Peter Meier-Dallach, Umfragespezialisten mit pro-EU-Haltung, sind diesen Umfragen gegenüber skeptisch. Die SKA-Umfrage wurde kurz nach der österreichischen Abstimmung durchgeführt. Sie reflektiert damit einen kurzen Aufschwung der Europhilie (oder Euroresigniertheit) der Bevölkerung. Solche Stimmungen verflüchtigen sich erfahrungsgemäss im Alltagstrott. Die Umfrage wurde erst im November publiziert, ohne Angabe des Erhebungsdatums. Durch die Frage "Sind sie für einen Beitritt zu den Bedingungen, die Österreich gewährt wurden?" wird den Befragten, die selbstverständlich von diesen Bedingungen keine Kenntnisse haben, suggeriert, diese Konditionen seien für Österreich besonders günstig gewesen. Andererseits mussten die Befragten glauben, diese Konditionen hätte man als informierter Bürger zu kennen. Um sich informiert zu geben, neigten die Befragten dazu, eine Pro-EU-Haltung an den Tag zu legen.

Die *Link*-Umfrage wollte von den Befragten wissen, ob sie für einen Beitritt im Jahre 2000 sind. So gestellt, wird die Beitrittsfrage so abstrakt, dass man getrost dafür sein kann. In den Umfrageergebnissen wurde zudem nicht berücksichtigt, welchen Einfluss die veröffentlichte Meinung auf die Äusserungen der Befragten haben. Bei Umfragen ist die eigenen Meinung - anders als bei Wahlen und Abstimmungen - nicht geheim. Wenn die eigene Meinung im Widerspruch zur

veröffentlichten Meinung steht, fühlen sich viele Leute in die Defensive gedrängt, und etliche wagen es nicht, ihre eigentliche Meinung zu sagen. Umfragen wie die von *Isopublic* und *Link* sind somit unseriös und dienen nur dazu, bei den Schweizern den Herdentrieb auszulösen. pr.

Schlupflöcher für Ozonkiller

Ab 1995 ist die Produktion von FCKW in der EU verboten. Ein solches Verbot gilt auch für die Schweiz. Während die Schweiz jedoch ein striktes Importverbot erlassen hat, hat die EU für 1994 eine Importmenge für FCKW erlaubt, die um rund 50 Prozent höher liegt als jene des vergangenen Jahres. Der Grund: Die Importeure wollen offensichtlich vor dem 1. Januar 1995 grosse Mengen FCKW einlagern, da die EU den Import von frischproduzierten FCKW ab 1. Januar 1995 verbietet, ohne jedoch die Verwendung dieses Stoffes zu unterbinden. Die Händler rechnen entsprechend im kommenden Jahr mit einer Verknappung, was eine Verteuerung zur Folge haben wird. Da die bisher entwickelten Ersatzstoffe für FCKW rund drei- bis viermal soviel kosten wie FCKW, dürfte die Erhöhung der erlaubten Importmenge den Absatz der entwickelten Ersatzstoffe zusätzlich erschweren.

Die EU erlaubt zudem den Import von 26 000 Tonnen recycelter Ware auch nach dem Stichtag von 1995. Chemisch sind recycelte von anderen FCKW jedoch nicht zu unterscheiden. Da die Länder der dritten Welt bis ins Jahr 2005 FCKW produzieren dürfen, ist Missbrauch leicht möglich, da neuproduzierte FCKW einfach als Recyclingware deklariert werden. Zwar drohen bei falschen Angaben Bussgelder bis zu 100 000 DM. Freilich dürfte es für einen Sachbearbeiter in Brüssel schwierig sein, einen Hersteller in China, Indien oder hinter dem Ural auf seine Recyclingkapazität hin zu überprüfen (Berner Bund, 24. November 1994). (pr.)

Einführung des EU-Wahlrechtes verzögert

Der Maastrichter Unionsvertrag (Artikel 8b) verlangt: Jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in in einem Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, hat dort das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen. Bis dieses Recht wirksam wird, wird noch etliche Zeit verstreichen - in Frankreich wohl noch 7 Jahre. Frankreich wird die zweijährige Umsetzungsfrist nutzen und bis zu den Juni-Wahlen die neuen Bestimmungen noch nicht umsetzen. Was also 1974 in der EG erstmals angeregt, 1991 als bürgernahe Massnahme mit viel Publizität angepriesen wurde, soll im EU-Kernland Frankreich 2001 gelten - wenn nichts dazwischen kommt. pr.

Der neue EU-Kommissionpräsident Jacques Santer sieht bezüglich der EU Handlungsbedarf vor allem in einer gezielten Imagepflege. Dies äusserte er anlässlich einer Ehrung durch die *Fondation Jean Monnet pour l'Europe* in Lausanne (NZZ 12.13. November 1994)

Une victoire pour la protection de l'environnement - à première vue ...



En Allemagne, l'interdiction du PCP reste permise

Christian Thomas

En Mai 1994, la Cour de justice de l'UE a décidé en faveur de la France, grand producteur de PCP (pentachlorophénol), et contre l'Allemagne et la Commission de l'UE, qu'un Etat-membre ne peut violer le principe de la libre circulation des marchandises s'il n'y a pas justification détaillée par la preuve que le produit en question nuit à la santé ou à l'environnement (voire l'article dans l'euro magazine 3/94). La Commission de l'UE a fourni en Septembre cette justification de sorte que l'Allemagne peut imposer ses normes plus sévères pouvu qu'un des Etats-membres de l'UE ne dépose pas plainte auprès de la Cour de justice de l'UE. Il faut souligner que le jugement de la Cour n'avait concerné que la forme de la décision de la Commission (manque de justification suffisante) mais pas le contenu (justesse de la décision tenu compte de la nocivité du PCP).

Le fait que la Commission vient de fournir cette justification détaillée de la décision prise ne met pas en cause la critique formulée que nous avons formulée et qui visait la juridiction de la Cour de l'UE. Nous avons critiqué le fait que l'exigence d'une justification détaillée et probante signifiait une interprétation très restrictive des articles 100a et 36 du traité sur la Communauté économique européenne (CEE). Dans la presse alémanique (p.ex. Tages Anzeiger du 4.10.94), on pouvait lire après le dépôt de la justification détaillée de la part de la Commission, que les critiques écologistes envers l'UE s'avéraient tout à fait injustifiées et que la libre circulation des marchandises n'empêchait pas les différents pays d'aller plus loin dans la protection de la santé ou de l'environnement en restreignant la libre circulation des marchandises. Une telle conclusion ne peut cependant être tirée. La Commission de l'UE s'est rendu compte que le PCP était si nocif que l'UE ne pourrait éviter à la longue une interdiction de cette substance. Or, il serait plutôt absurde de défendre à l'Allemagne l'interdiction d'un produit qu'on devrait bientôt interdire soi-même. L'unification du marché se fait alors par l'acceptation généralisée de l'interdiction allemande.

Oui au principe - Non à la réalisation

Avant la votation sur l'EEE, les europhiles utilisaient volontiers la décision de la Cour de l'UE concernant la reprise des bouteilles au Danemark pour démontrer le prétendu progressisme de l'UE par rapport à l'environnement. Il y a quelques années, le Danemark voulait interdire les bouteilles non-reprises, réclamer un gage pour toutes les bouteilles en verre et limiter le nombre des types de bouteilles en verre à 35. Contre ce projet, les brasseurs de bière et la Grande Bretagne ont déposé plainte auprès de la Cour de l'UE. La Cour a décidé que

les Danois pouvaient réclamer que la vente octroyait une gage sur les bouteilles en verre, mais elle a interdit aux Danois de limiter le nombre des types de bouteilles. Pour apprécier la portée du jugement, il faut tenir compte du fait qu'il est impossible de réclamer que les magasins trient des centaines de types de bouteilles. Il en résultait qu'une politique de recyclage effective était impossible. Le jugement de la Cour signifiait donc l'interdiction de la politique écologique du gouvernement danois, alors qu'il l'acceptait au niveau des principes.



Pour revenir au cas du PCP, on peut constater que de nouveau la Cour de justice de l'UE a favorisé, dans une large mesure, la libre circulation des marchandises aux dépens de la protection de la santé et de l'environnement. Le tribunal savait sans doute que le PCP est une des rares substances dont on peut prouver clairement la nocivité pour les mammifères et pour l'homme. La plupart des autres substances dangereuse se décomposent dans l'environnement, se transforment en d'autres substances et les dommages causés ne peuvent être démontrés scientifiquement d'une manière univoque. En imputant clairement le poids de la preuve au pays qui veut faire quelque chose pour l'environnement, la Cour a rendu impossible la protection de l'environnement par l'interdiction d'un produit sans preuve formelle et préalable de la nocivité de celui-ci. L'interdiction provisoire du PCP en Allemagne rendue possible par la justification détaillée fournie par la Commission ne consitue par conséquent qu'une pseudo-victoire pour la protection de la santé et de l'environnement.

Dagmar Roth-Behrend, membre socialiste du comité environnemental du Parlement de l'UE commente (TA, 4.10.1994): «Nous sommes évidemment contents de la décision de la Commission concernant le PCP (...). Par opposition au Conseil, la Commission montre qu'on peut maintenir des niveaux de protection de la nature plus exigeants aussi au sein de l'UE. Un progrès fondamental devrait cependant renverser le poids de la preuve, de sorte que ce sont les producteurs qui devraient démontrer l'innocivité d'un produit et non pas les victimes des dégâts causés à l'environnement la nocivité d'un produit.» La décision récente de la Commission n'a pas été un pas dans cette direction.

-----informations brèves-----

Lobbying dans l'UE

Le lobbying dans l'UE est en général couronné de succès. C'est la conclusion d'un livre qui a paru récemment et qui a analysé le phénomène. Les auteurs ont examiné 14 cas concrets et ils ont pu constater que les multinationales ont pu influencer en leur faveur la législation de l'UE à l'aide du lobbying dans 13 de ces cas. Le lobbying efficace demande un plan bien conçu. "La conception et l'exécution d'un tel plan nécessite des buts clairs, l'action de longue durée, de bonnes connaissances du fonctionnement des institutions et un contrôle serré du processus de décision du début jusqu'à la fin". Il devrait être évident que de telles exigences favorisent les multinationales et que les chances d'aboutissement des mouvements populaires sont quasiment nulles. (Robin Pedler/Rinus van Schednelen (Hrsg): Lobbying the European Union, Dartmouth, Aldershot, 1994)

PME et le "marché intérieur"

Selon un sondage de la Commission de l'UE, le marché intérieur ne s'est guère répercuté jusqu'ici d'une manière positive sur les affaires des PME. La plupart des PME continuent de travailler avec l'aide d'agents d'exportations puisqu'elles ont besoin de support dans les domaines des statistiques et de la TVA. Malgré les conventions concernant l'acceptation réciproque des certificats, la majorité des firmes continuent de faire certifier leurs produits dans les différents pays. Ceci pour des raisons pratiques et pour des stratégies de marketing. Les marchés publics ne sont toujours pas vraiment ouverts. Les obstacles administratifs, les délais trop courts et la discrimination illégale dissuadent les offres des entreprises des pays-membres de l'EEE. Les PME ont en plus des problèmes supplémentaires avec l'information concernant la législation de l'UE. Les entrepreneurs critiquent le fait qu'il est difficile de digérer les informations en provenances de Bruxelles. Il y a 14 millions d'entreprises dans l'UE, dont 92,7% de petites entreprises de 1 à 9 personnes.



Le transports d'animaux

Chaque année on transporte à tort et à travers dans l'UE des animaux vivants. Il serait évidemment plus raisonnable d'abattre les animaux près de leur lieu d'élevage et de distribuer ensuite la viande. Les transports en réfrigérateurs sont cependant plus chers que les transports des animaux vivants. En plus, la politique agricole de l'UE favorise avec ses subventions les transports d'animaux vivants. L'exportation des boeufs vivants est

subventionnée 1000 DM par animal. En tout, on dépense 300 millions de DM en subventions pour transporter des animaux vivants au sein de l'UE (NZZ, 14. September 1994).



Le ministre des affaires étrangères danois sur la démocratie directe

Niels Helveg Petersen se prononce en faveur de l'extension de la démocratie directe au Danemark. Entre autre, il exige l'introduction du droit d'initiative populaire. Par rapport à l'introduction de la démocratie directe au niveau européen, il reste cependant sceptique. Il donne deux raisons à son scepticisme: la proximité du pouvoir et sa transparence sont des éléments importants pour le fonctionnement de la démocratie. Ces deux conditions d'un contrôle démocratique du pouvoir ne sont cependant pas réalisées au niveau européen. Secundo, le ministre n'est pas sûr que les différentes populations européennes acceptent la légitimité d'un verdict populaire européen, si elles refusent le projet soumis à la votation. Petersen reconnaît le déficit démocratique de l'UE. Au Danemark, Petersen appartenait longtemps à la "commission du marché" du parlement danois. Chaque ministre doit contacter cette commission avant d'entreprendre le voyage de Bruxelles pour participer au conseil des ministres. La commission garantit par là une certaine influence du parlement danois sur la politique communautaire des ministres danois. (NZZ, 4. Oktober 1994).

Un eurocrate sur la démocratie directe

L'allemand Horst Krenzler, un des négociateurs-chef lors des négociations sur l'EEE, a commenté en décembre 1994 le non des Suisses à l'EEE. Il a dit qu'il était douteux que la démocratie directe soit toujours la meilleure manière de prendre les décisions. (NZZ, 17. September 1994). Il n'a pas précisé qui devrait décider quels sujets sont à soumettre aux votations populaires.

La politique viticole de l'UE

Chaque année, les producteurs communautaires mettent en moyenne 190 millions d'hectolitres de vin sur le marché tandis que les consommateurs en boivent 154 millions. L'administration du lac de vin qui résulte de cette différence coûte à l'EU 1,5 milliard d'ECU (1 ECU = 1,62 sfr) par année. La Commission de l'UE propose par conséquent une limitation de la production. Lors d'une réunion des ministres de l'agriculture, les pays sud-européens se montraient peu enthousiastes pour cette idée. Ils préféreraient augmenter la consommation de vin et les exportations.

Décision de la Cour de justice de l'UE sur l'âge de la retraite des femmes

Les juges luxembourgeois ont décidé que l'égalité des sexes pourraient être réalisée par une augmentation de l'âge de la retraite des femmes. Un groupe d'employées de la firme britannique Avdel Systems a déposé plainte contre la décision de leur caisse de retraite qui a voulu augmenter l'âge de la retraite des femmes de 60 à 65 ans et qui annonçait pour le cas d'une retraite anticipée une coupe dans les prestations de 20%. La décision de la Cour de justice de l'UE a pour conséquence que les femmes britanniques ont perdu le droit de se retirer à 60 ans de la vie active tout en profitant de primes de retraite intactes. En plus, la Cour a décidé, que le travail à temps partiel a droit à des prestations de la part des caisses de retraite. Les employés à temps partiel ont le droit de payer les cotisations qui manquent et d'obtenir par là le droit au versement de primes.

Offensive de la droite néo-libérale contre la démocratie directe

Le Conseiller aux Etats bernois Zimmerli, membre de l'UDC et partisan de l'EEE a lancé en Septembre une offensive pour la limitation massive de la démocratie directe en Suisse. Sa proposition: une initiative populaire n'est acceptée qu'en cas d'un oui de la majorité du peuple, des cantons et d'un tiers des citoyens ayant le droit

de vote. En d'autre terme, la majorité du peuple ne peut accepter une initiative que si au moins 60% de la population ayant le droit de vote participe à la votation. Par rapport au référendum, Zimmerli fait une proposition analogue: un référendum n'aboutit que si la majorité du peuple et un tiers des citoyens le souhaitent. Sinon la décision des parlements s'impose. Il est évident qu'une telle limitation des droits populaires équivaldrait en pratique à leur abolition. La proposition a été vivement soutenue par le quotidien bernois de la droite néo-libérale europhile "Der Bund".

Commerce juste

"L'UE subventionne toujours les excédents de viande de boeuf et ruine par ses exportations subventionnées en Afrique occidentale la production indigène de viande". (citation retrouvé dans un papier publié par Swissaid, Helvetas, Caritas, Pf 6735, 3001 Bern)

Aveu tardif

"Personne n'était dupe cependant, l'EEE consacrait la satellisation des pays de l'AELE qui devaient s'engager à reprendre de facto tout nouvel acquis communautaire pertinent au Marché intérieur, sans pouvoir participer pleinement au mécanisme de prise de décision" (René Schwok, professeur des relations internationales à Genève, dans l'Hebdo du 17 novembre 1994)

Nei til EU

Nei til EU

Nei til EU

Nei til EU

Nei til EU

Nei til EU

Nei til EU

Forum-intern

Sekretariat

Seit dem 1. Januar 1995 hat das Forum wieder einen Sekretär. Alex C. Bauert, der seit einem halben Jahr bereits aktiv beim Magazin mitarbeitet, hat sich bereit erklärt, fürs Forum eine Halbtagsstelle zu übernehmen. Zwar stehen wir finanziell nicht besonders gut da. Andererseits hat es aber auch keinen Sinn, auf Dauer mit der aktuellen Mitgliederbasis eine Zeitschrift wie das *Europa-Magazin* zu publizieren. Die Mitgliederbeiträge vermögen dieses nämlich finanziell nicht zu tragen. Somit geht es nun darum,

ihm eine gesunde Abonnenten- und Mitgliederbasis zu verschaffen. Ohne professionelle Arbeit wird dies kaum möglich sein.

Vorerst versuchen wir jedoch, in eine breitere Öffentlichkeit zu gelangen. Dazu werden wir im nächsten Halbjahr Inserate in verschiedenen Zeitschriften plazieren, persönliche Mitglieder- und Abonnenten-Werbung betreiben und vermehrt öffentliche Anlässe organisieren.

Das Forum braucht Regionalgruppen

Um vermehrt an ein breiteres Publikum gelangen zu können, braucht es Regionalgruppen, die in ihrer Region Veranstaltungen organisieren und für die Präsenz der Forums-Positionen sorgen. Wer Interesse an entsprechenden Aktivitäten hat, melde sich beim Sekretariat (Adresse und Telefonnummer siehe Impressum).



Veranstaltungskalender

Regionalgruppe Zürich

Datum: 25. Januar; **Zeit:** 17 00; **Ort:** Cooperativo, Werdplatz, 1. Stock, Zürich

Nach der EU-Kehrtwende der Grünen stellt sich das Problem, was zu tun ist, damit unser Anliegen künftig im Parlament vertreten sein wird. Panachieren und streichen lohnt sich kaum, denn letztlich entscheiden vor allem Listenstimmen. Andererseits ist vielleicht abzuklären, ob sich Forumslisten in einigen grösseren

Kantonen lohnen würden. Wenn ein fünftel der SPS-WählerInnen und die Hälfte der grünen Basis gegen den EU-Beitritt sind, ergibt dies 8 % der Stimmen. Im Kanton Zürich wären dies zwei Sitze.

Vorstandssitzung

Datum: 28. Januar; **Zeit:** 14 00; **Ort:** Bürgerhaus, Neuengasse 20, Bern

An Vorstandssitzungen können Mitglieder und Interessenten teilnehmen. Die Traktandenliste kann beim Sekretariat angefordert werden.

Vortragstournée eines norwegischen Gastes

Datum: 20. - 24. Februar; **Ort:** Westschweiz

In verschiedenen Städten und Orten der Westschweiz wird Jostein Lindland, Mitarbeiter der Nei Til EU-Bewegung in Stavanger (Norwegen), einen Vortrag zum norwegischen Nein zur EU halten. Diese Anlässe werden in der Woche vom 20. Februar vermutlich in

Genf, Lausanne, Freiburg und Martinach durchgeführt. Die Forum-Interessenten in der Westschweiz werden wir zu diesen Anlässen eigens einladen.

Nei til EU

Europäische Integration?

Datum: 29. April - 1. Mai, **Ort:** Ferien und Bildungszentrum Salecina in Maloja (Engadin)

Für das Wochenende vom **28. April bis 1. Mai 1995** organisiert das "Forum" zusammen mit dem Ferien- und Bildungszentrum Salecina in Maloja (Engadin) ein Wochenende unter dem Titel "Europäische Integration?". Wir werden die Dossiers der bilateralen Verhandlungen detailliert vorstellen, den Stand der Dinge zusammen mit Gästen aus dem Ausland analysieren und Perspektiven erarbeiten.

Seminarleitung: Christian Thomas, Alex C. Bauert, und Paul Ruppen

Anmeldung: Salecina, Postfach, 7516 Maloja, tel: 082 - 4 32 39; täglich von 9.30 - 12.00 und 16.00 - 19.00.

Kosten: ca. Fr. 220.-, inkl. Vollpension und Seminarmaterial, Kaffee, Tee, frischer Luft und wunderschöner Oberengadiner Landschaft.

Alpenkonvention - Chance für eine neue Alpenpolitik?

Datum: 25.-28. Mai, **Ort:** Ferien und Bildungszentrum Salecina in Maloja (Engadin)

Das Forum setzt sich für internationale Zusammenarbeit auf ökologischem und sozialem Gebiet ein. Die Alpenkonvention ist ein Beispiel für Zusammenarbeit, die wir als nützlich und unerlässlich erachten: Je nach Problemlage sollen unterschiedliche geographische Räume zu gemeinsamen Lösungen gelangen können, ohne dabei Blöcke zu bilden. Deshalb empfehlen wir unseren Lesern die Tagung "Alpenkonvention - Chance für eine neue Alpenpolitik?" Die Alpenkonvention will in den

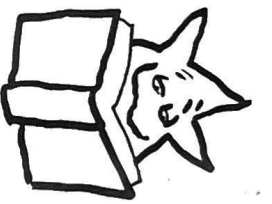
Alpenregionen eine nachhaltige Entwicklung unterstützen, eine Balance zwischen Nutzung und Schutz verwirklichen.

Seminarleitung: Dominik Siegrist und Jürg Frischknecht

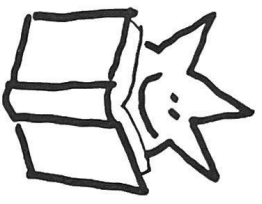
Anmeldung: Salecina, Postfach, 7516 Maloja, tel 082 4 32 39; täglich von 9.30 - 12.00 und 16.00 - 19.00.

Kosten: ca. Fr. 220.-, alles inbegriffen

Forum pour la démocratie directe
social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne



europa magazin



Forum

Für dezentrale politische Strukturen in Europa
für direkte Demokratie

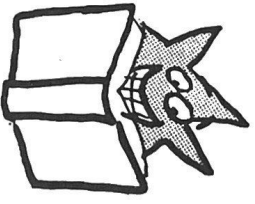
Für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik

Gegen die Schaffung einer westeuropäischen Grossmacht
für den Einbezug der Nichtregierungsorganisationen bei internationalen

Verhandlungen

Für eine globale ausgewogene Entwicklung
Gegen die neoliberalen Dampfwalzen

für weniger Zentralisation und mehr Kooperation

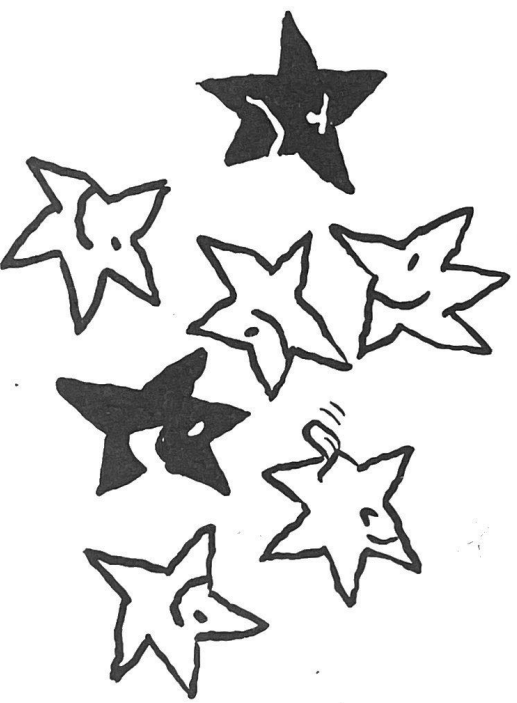


Redaktionsadresse

Europa Magazin

Pf 1883

8048 Zürich



507 1029
Postfach 18
Europa Magazin
Herrn

